Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1918

170 (24.7.1918)

Visual Library

No. 170. Karlsruhe, Mittwoch den 24. Juli 1918. 35. Jahrgang.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1,10 M, ¼jährl. 3,30 M. Zugestellt durch unsere Träger 1,20 bezw. 3,60 M; durch die Post 1,24 M bezw. 3,72 M; durch die Feldpost 1,25 M bezw. 3,60 M, vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftszeit: ½8—½1 u. 2—½6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 20 ₰. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme ½9 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Der erste Kriegsparteitag der badischen Sozialdemokratie.

Zweiter Verhandlungstag.

* Offenburg, 21. Juli.

An der Diskussion beteiligten sich folgende Genossen:

Weißmann-Freiburg: In Oberbaden war man über die Eile, mit der der Großblock gekündigt wurde, erstaunt. In Unter- und Mittelbaden habe man diese Parteipolitik mit anderen Augen angesehen. Die Verhältnisse drängen darauf hin, daß wir auch in Baden eine Zentrumsmehrheit bekommen werden. So Hals über Kopf hätte man den Großblock nicht aufgeben sollen. Abg. Kopf habe in seinen Ausführungen in Freiburg seiner Freude über die Einführung des Religionsunterichts in der Fortbildungsschule lebhaften Ausdruck gegeben und die Hoffnung ausgesprochen, daß auch in den Handels- und Gewerbeschulen der Religionsunterricht zur Einführung gelange. Der Redner gibt dann zu, daß infolge des Verhaltens der Nationalliberalen zum Fortbildungsgesetz der Großblock hätte gekündigt werden müssen. Die Erfolge der Landtagstagung seien nicht befriedigend. Hoffentlich werden die Ergebnisse in folgender Zeit bessere werden.

Genossin **Blase**-Manheim: Die Frauen haben die Verhandlungen des Landtags mit großem Interesse verfolgt, besonders diejenigen, die das Frauenwahlrecht behandelten. Trotz der großen Opfer, die die Frauen in diesem Kriege gebracht haben, habe man ihnen das Wahlrecht nicht gegeben. Der Ausspruch, der im Landtag getan wurde: „Kinder, Kirche, Küche" mit Bezug auf Frauen hätte heute keinen Wert mehr für die Frauen. Bedauerlich sei die Haltung der bürgerlichen Parteien dem Frauenwahlrecht gegenüber. Aufklärung und Agitation für die Frauen sei die dringendste Aufgabe. Das Wahlrecht für die Frauen sowohl für den Landtag als auch für die kommunalen Wahlen sei vordringendste Notwendigkeit. Zum Schluß bittet die Rednerin die Genossen, tatkräftig zur Stärkung der Frauenbewegung beizutragen. Die Frauenversammlungen, die arangiert waren, seien zum Teil schlecht besucht worden, das sei bedauerlich. Die Genossen müßten die Frauen bei ihren Bestrebungen unterstützen. (Beifall.)

Gen. **A. Remmele**-Mannheim polemisiert gegen Weißmann, der eine sehr eigentümliche Haltung eingenommen habe. Weißmann lehne jetzt selbst den Großblock ab, den er zu Anfang des Landtags noch verteidigte. Der Großblock war überlebt und auch der verstorbene Genosse Kolb habe das rechtzeitig erkannt. Die Massen der Parteigenossen seien mit der Kündigung des Großblocks einverstanden gewesen; besonders die geschulten Genossen. Allerdings, über die Form, wie der Großblock gelöst wurde, könne man verschiedener Meinung sein. Wir haben jedenfalls keine Ursache, dem Großblock eine Träne nachzuweinen. Jedenfalls haben wir durch die Lösung des Großblockabkommens nichts verloren. (Sehr gut!) Der Redner kommt dann noch auf die Fragen der Kreiseinteilung und der Elektrizitätsversorgung zu sprechen. In diesen Fragen habe Mannheim eine andere Haltung eingenommen als die Genossen in Karlsruhe. Die wirtschaftlichen Verhältnisse drängen zur Entscheidung dieser Fragen.

Gen. **Maier**-Heidelberg unterstützt die Ausführungen des Genossen Remmele. Gerade in Bezug auf die Kreiseinteilung verfolge das Zentrum seine Parteiinteressen. Auch die Haltung des Zentrums in Sachen des Frauenwahlrechts werde von reinen parteipolitischen Erwägungen diktiert. Daß die Nationalliberalen sich selbst ihr Grab graben durch ihre Haltung kann uns nur recht sein. Schon bei den Wahlen 1913 habe der Großblock ein Ende erreicht; da die Liberalen sich damals schon zum Teil dem Zentrum verschrieben hatten. Durch den Großblock werden wir auch im Oberland keine Erfolge erzielen. — Die Alimentfrage sollte der Landtag einmal aufrollen. Systematische Arbeit, auch während des Schlusses des Landtags, sei eine Notwendigkeit. Man sollte da von den Gegnern lernen. Partei, Gewerkschaften und alle Genossen, die daran ein Interesse haben, sollten daran mitarbeiten. Dann könne auch die Fraktion bessere Arbeit leisten. (Beifall.)

Landtagsabg. **Marum**: Die Fraktion habe versucht, das beste zu erreichen. Wenn auch die Arbeiten nicht immer Beifall gefunden haben, so müsse doch bedacht werden, daß die Berichte über die Arbeiten der Fraktion sehr mangelhaft waren. An den Fraktionsarbeiten sei wenig Kritik geübt worden. Der Redner sagt zu, daß auch in Zukunft zielbewußte Arbeit geleistet werde. — Das Zentrum wolle die Zusammenlegung der Kreise nur deshalb, weil es wolle, daß die Städte in der Hauptsache die finanziellen Lasten tragen. Auch sei zu berücksichtigen, daß, wenn nur vier Kreise geschaffen werden, der Einfluß der Regierung größer werde. Die geschlossenen Wirtschaftsgebiete sollten vereinigt werden. — Daß wir nochmals hier über den Großblock debattieren, sei bedauerlich. Der Großblock sei erledigt und wir könnten uns nur darüber freuen. Im Parlament seien oft rasche Entscheidungen zu treffen und daher sei aber auch die Großblockkündigung etwas rasch gekommen. Auch sei es nicht ausgeschlossen, daß wir mit den Nationalliberalen einmal wieder bei einzelnen Fragen zusammenarbeiten.

Genossin **Kehl**-Mannheim: Auf dem Gebiet der Armenpflege sei große Arbeit zu leisten. Leider fehle es an Genossinnen. Auch das Genossenschaftswesen sei ein Faktor, der von großer Bedeutung in der Arbeiterbewegung sei. Die Kindererziehung, der Jugendschutz müsse durch die Frauen gefördert werden. Schulung der Frauen sei ebenso notwendig. Gewerkschaftsmitglieder und Parteigenossen sollten Hand in Hand arbeiten und praktische Aufklärungsarbeit bei ihren Frauen leisten.

Gen. **Marzloff**-Freiburg: Remmele und Maier haben das Verhältnis unserer Partei zur Großblockpolitik richtig geschildert. Der Großblock war reif zur Verabschiedung; die Politik der Nationalliberalen habe dahin geführt. Diese Partei sei auch in Kulturfragen ein unsicherer Kantonist. Schon in die Jugend trage man das Gift hinein. Er habe das Gefühl, daß die Fraktion in manchen Fragen nicht auf der Höhe stand. (Rufe: Wo?) Hinsichtlich der Fahrpreispolitik der Eisenbahnen sollte größerer Einfluß gewonnen werden. Im Oberland werden „hohe" Kriegslöhne sicher nicht bezahlt. Die Nationalliberalen haben in der Frage des Frauenwahlrechts versagt.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird hierauf angenommen.

In seinem Schlußwort geht Gen. **Strobel** auf einzelne Einwände ein. Die Fraktion könne mit dem Ergebnis zufrieden sein. Die Regierung habe die Arbeiterbewegung doch wesentlich anders beurteilt als früher.

Hierauf beginnt um ½2 Uhr die Mittagspause.

*

Nachmittagssitzung.

Um ¾3 Uhr eröffnet der Vorsitzende **Haug** die Sitzung.

Der nächste Punkt ist

Die Wahl des Landesvorstandes.

An Stelle des verstorbenen Genossen Dr. Frank wird Gen. Reichstagsabg. Oskar Geck in den Landesvorstand gewählt. Im übrigen bleibt die Zusammensetzung die gleiche wie bisher.

Die Beratung wird mit der Begründung des Pforzheimer Antrags durch den Genossen **Schöttle**-Pforzheim fortgesetzt. Die Arbeiten des Parteitages werden viel intensiver werden, wenn der Parteitag sich nicht mit vergangenen, sondern mit künftigen Fragen beschäftigen wird. Die Referate sollten vorher in der Presse veröffentlicht werden, damit die Genossen sich vorher darüber aussprechen können.

Nachdem Gen. **Geiß** darauf verwiesen hatte, daß der Antrag offene Türen einrenne, da ja jetzt schon die großen politischen Fragen in der Presse vorher besprochen werden, wird der Antrag Pforzheim dem Landesvorstand als Material überwiesen.

Es erfolgt nun das Referat über

Lebensmittel-Bedarfs-Versorgung.

Der Redner führt aus, daß die Fraktion sich mit allen Kräften für die bessere Versorgung des konsumierenden Publikums eingesetzt habe. Die Fraktion führte einen schweren Kampf gegen Wucher und Hamsterei. Die Erfassung aller Lebensmittel muß mit allen Kräften erstrebt werden. Die Landwirtschaft ertragreicher zu gestalten, ist unumgänglich notwendig. Die Abschlachtung von Schweinen und Milchvieh war ein schwerer Fehler. Die richtige Verteilung der Lebensmittel muß durchgeführt werden. Gleichmäßige Rationierung bei Fleisch und Brot ist notwendig. Das Bezugsscheinverfahren für Kartoffel sollte beibehalten werden. Wenn die Kartoffelernte gut ausfällt, so wird die Selbstversorgung wieder durchgeführt werden. Die Städte sollten mit Obst und Gemüse hinreichend versehen werden. Bei der Milch- und Fettversorgung hat die Regierung gewisse Erfolge erzielt. In einzelnen bäuerlichen Kreisen sieht es damit allerdings schlecht aus. Nicht einmal die Heilstätten hätten hinreichend Nahrungsmittel erhalten können durch die Kurzsichtigkeit bäuerlicher Kreise. Die Zuckerversorgung sei zum Teil sehr mangelhaft gewesen. (Sehr richtig!) Vom 15. Juli ab ist eine wesentliche Verschlechterung unserer Versorgung eingetreten. Die Brotversorgung ist rückwärts revidiert worden. Die Ersatzmittel, die versprochen wurden, sind nicht geliefert worden. Die fleischlosen Wochen werden gewiß besser eingehalten werden. Die 250 Gramm Fleisch pro Woche erforderten zirka 900 000 Schlachttiere, jetzt brauchen wir aber Tausende Stück mehr, weil das Schlachtgewicht des einzelnen Tieres abgenommen hat. Gegenüber den agrarischen Forderungen mußten wir die Ohren steif halten. Der Staatsminister habe den Satz beanstandet, daß man sich von den rationierten Lebensmitteln nicht erhalten könne. Im übrigen verwies der Minister die darbenden Beamten auf die öffentliche Wohltätigkeit.

Die hohen Löhne der Arbeiter spielten natürlich auch eine Rolle. Der Lausbubenstreich, wo ein junger Arbeiter mit einem Fünfmarkschein die Zigarette ansteckte, spielte eine Rolle. Im übrigen hat die Sozialdemokratie alles getan, um die Verhältnisse auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung Besserungen zu erzielen, so in Bezug auf die Fischversorgung, der Marmelade- und Gemüseversorgung. Die künstliche Großzüchtung einzelner solcher Fabriken verdient schärfste Verurteilung. Die Denkschrift der Regierung spricht auch über die Kohlenversorgung. Die Kohlenversorgung wird im kommenden Jahre jedenfalls noch schlechter werden als dieses Jahr. — Wer kein Geld hat, hat auch keine Stiefel. Die Leder- und Kleiderversorgung hat vollständig versagt. Die Preise in dieser Branche seien enorm. Die Beruhigungsversuche in dieser Frage seien mit großen Fragezeichen versehen. Daß es keinen Tabak mehr gibt, wissen wir ja alle. Bei der Metallbeschlagnahme sollten keine gewinnsüchtigen Interessen in den Vordergrund geschoben werden. — Es kann nicht mehr geleugnet werden, daß wir vor schweren Zeiten stehen. In einem Antrag verlangte die Sozialdemokratie in der Kammer, daß die Preise für Lebensmittel herabgesetzt und der Staat die Differenz trage. Die bürgerlichen Parteien haben diese Anträge abgelehnt. Gewiß hätte Vieles besser gemacht werden können, aber die Fraktion habe alles getan, um Erfolge zu erzielen. Wenn dies nicht immer gelang, so ist nicht die Fraktion daran schuld. Das Zentrum sei leider nicht energisch genug gegen die Lebensmittelverteurer aufgetreten. Mit allen Mitteln wird die Fraktion auch fernerhin gegen die Mißstände in der Lebensmittelversorgung ankämpfen. Unterstützung in diesem Kampfe seitens der Genossen sei notwendig. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende **Haug** verliest folgenden Antrag: **„Der badische Parteitag nimmt Kenntnis von der umfangreichen Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und spricht seine volle Uebereinstimmung aus."** Der Antrag steht zur Diskussion.

Gen. **Mellert**-Rastatt: Viele jugendliche landwirtschaftliche Arbeiter kommen heute in die Stadt, weil sie in den Fabriken viel Geld verdienen können. Die Landwirte verdienen heute so viel, daß sie nicht klagen brauchen. Der Redner bespricht die Art, wie heute in landwirtschaftlichen Kreisen gesündigt wird, die Regierung sollte gegen Auswüchse energischer einschreiten.

Gen. **Marzloff**-Freiburg: Die Fraktion habe in der Frage der Lebensmittelversorgung ihre volle Schuldigkeit getan. Die Regierung sollte aber einmal die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Beamten so erhöhen, daß diese auch bestehen können. Die Sicherstellung der menschlichen Ernährung sei Hauptaufgabe, in zweiter Linie komme erst die Tierernährung. Ein junges Ehepaar kann sich heute gar keine Möbel oder Betten anschaffen. Die Ehen werden dadurch gestört. Die Not treibt zum Hamstern. Die rationierten Lebensmittel reichen einfach nicht aus. Das System habe Schiffbruch gelitten. Die Fraktion sollte auch fernerhin diese Dinge im Auge behalten.

Gen. **Neudinger**-Villingen: Die Löhne sind bei uns sehr niedrig. Dabei sind die Preise für Kleidung und Nahrungsmittel nicht mehr aufzubringen. Im Schwarzwald sind die Verhältnisse sehr teuer, was die Lage der Arbeiter anbetrifft. Der Wucher sei die größte Gefahr.

Der Referent verzichtet auf das Schlußwort.

Der Antrag, der der Fraktion das Vertrauen ausspricht, wird einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung des Parteitags erschöpft.

Der Vorsitzende Genosse **Geiß** hält das Schlußwort. Der Parteitag habe praktische und rasche Arbeit geleistet. Wir gehen in die Heimat mit der Ueberzeugung, daß die weitere Arbeit zum Wohle der Partei ausschlagen werde. Gehen wir an die Arbeit und hoffen wir, daß uns bald der Friede beschert werden wird. Wir hoffen und wünschen, daß der nächste Parteitag im Frieden stattfinden werde. (Lebhafter Beifall.)

Schluß 4 Uhr.

Deutsche Sorgen.

Karlsruhe, 24. Juli.

In diesen Tagen, in denen die Sonne hinter Wolken steht, vernehmen wir mit doppeltem Staunen von mancherlei Vorgängen, die sich an und unter der Oberfläche abspielen. Während das deutsche Volk um sein Leben kämpft, wird ein seltsamer Streit um Throne und Thrönchen geführt, in Mecklenburg, in Littauen und sonstwo.

Der Ausschuß zur Erhaltung eines selbständigen Mecklenburg-Strelitz, der sich in diesen Tagen gegründet hat und mit einem schallenden Aufruf an die Kulturmenschheit hervortrat, wird fürs erste selber wohl nichts anders erwartet haben als einen Heiterkeitserfolg. Aber man könnte wohl sagen, die Dinge in Mecklenburg sind so komisch, daß sie schon wieder anfangen, ernst zu werden. Mit einer menschlichen Tragödie, dem Selbstmord des Strelitzer Großherzogs setzt das Stück ein, dann schlägt es aber sofort in eine tolle Posse um. Der einzige berechtigte Thronfolger ist oder war vielmehr russischer General, heute ist er, wenn er klug ist, wahrscheinlich Mitglied der Petersburger Straßenreinigungsorganisation und als solches zur Wahl für den Sowjet berechtigt. Gleichviel wie, Karl Michael ist Russe, er hat die Waffen gegen das deutsche Reich geführt und kann, wenigstens nach dem augenblicklichen Stand des nationalen Empfindens, nicht deutscher Bundesfürst werden. Außerdem ist er nicht da und demzufolge ausgeschaltet.

Diese Gelegenheit benützt der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, um in Form einer Verweserschaft eine regelrechte Annexion des kleinen bisher selbständigen Landes vorzunehmen. Eines Morgens erwachen die Strelitzer als Schweriner und getreue Untertanen Friedrich Franz des VI., des Eroberers. Das heißt die Treue zu dem plötzlich angestammten Fürstenhaus will sich doch nicht einfinden: auf der einen Seite rebellieren am lautesten und aufgeregtesten die Strelitzer Hoffriseure, daß der Glanz der Hofhaltung in Strelitz verlöschen und auf Schwerin übergehen soll, auf der andern Seite zeigen sich aber auch minder Interessierte darüber verdutzt, daß man heutzutage noch, wie Wilson sagen würde, Völker wie Bauern auf dem Schachbrett hin- und herschieben kann.

Der Anspruch des Schweriners an Strelitz gründet sich auf einen Erbvertrag, der vor 217 Jahren zwischen den bei-

den Familien abgeschlossen worden ist. Man wird dadurch an die alten Erbverträge erinnert, um die sich sonst kein Mensch mehr kümmert, und im „Berliner Tageblatt“ macht ein boshafter Strelitzer die Enthüllung, daß auf Grund dieser Erbverträge auch Preußen an Mecklenburg-Schwerin fallen würde, wenn die Hohenzollern aussterben sollten (was man einstweilen allerdings durchaus nicht und in keiner Weise zu befürchten braucht).

Man kann sich längst mit historischen Tatsachen abgefunden und aufgehört haben, auf die Frage der Staatsform entscheidendes Gewicht zu legen und man wird sich doch fragen, ob dies ein Zustand ist, der eines großen hochzivilisierten Volkes würdig ist. Jedenfalls sollten die Monarchisten, die es in Deutschland ja immer noch gibt, ängstlich darüber wachen, daß sich das Prinzip des Gottesgnadentums nicht allzu sehr vor den Augen aller Welt kompromitiere. Sie werden, ein Schillerwort variierend, sich sagen müssen, daß die Monarchie die beste ist, von der man am wenigsten spricht.

Eine der Monarchien, über die in letzter Zeit erst leise, dann lauter gesprochen worden ist, ist das neue „befreite“ Litauen. Als Herzogtum ohne Herzog und damit würdiger Nachbar des Königreichs ohne König schleppt es unfroh seine Tage hin und so kam kürzlich ein Teil des Landesrats, der sich als Staatsrat konstituierte, auf die Idee, den Herzog von Urach als Landesfürsten auszurufen. Nun ist aber bekanntlich noch ein anderer Thronanwärter da, der König Friedrich August von Sachsen und die Litauer taten ihm entschieden Unrecht, indem sie ihn hinter den Herzog von Urach zurücksetzten, denn sie wissen von diesen beiden Landesvätern in spe gleichviel, nämlich nichts. Die deutsche Verwaltungsbehörde ist denn auch gegen diese Uebereilung eingeschritten, es heißt: Eile mit Weile, und die Litauer werden ihr Selbstbestimmungsrecht erst dann auszuüben haben, bis die deutsche Verwaltungsbehörde entschieden hat, in welchem Sinne dies zu geschehen habe. Immerhin leuchtet der Handstreich der Anhänger des Herzogs von Urach in Zustände hinein, die recht heiter und doch wenig erfreulich sind. Sollte man glauben, daß es Leute gibt, die dieses ganze gigantische Völkerringen nur nach den Hausmachtinteressen der Dynastie von Gerolstein oder ähnlicher Notabilitäten beurteilen? Daß Kuriere und Agenten herüber und hinüberfahren, Höfe bereist, Abgeordnete bearbeitet, Zeitungen beeinflußt werden, damit hier ein Thrönchen zu einem anderen Thrönchen geschlagen, dort eine neidvoll belauerte Kandidatur verhindert wird?

Nein, man könnte es nicht glauben, wenn man es nicht wüßte. Draußen donnern die Schlachten und drinnen . . . . ? Draußen die Völkertragödie, drinnen die Gottesgnaden-Operette! Deutsche Sorgen im Weltkrieg!

Ausland.

Das österreichische Abgeordnetenhaus.

Wien, 23. Juli. (WB.) Das Abgeordnetenhaus lehnte nach zweitägiger Behandlung in namentlicher Abstimmung mit 215 gegen 162 Stimmen den Antrag der Tschechen auf Erhebung der Ministeranklage gegen den Ministerpräsidenten v. Seidler und den gewesenen Minister des Innern Grafen Toggenburg wegen Erlassung der Kreisverordnung in Böhmen ab.

Darauf begann die Verhandlung des von den Obmännern sämtlicher Parteien eingebrachten Antrages, in dem die Regierung aufgefordert wird, über die Vorkommnisse an der Südwestfront und im Hinterlande genau Aufschlüsse zu erteilen. Die Verhandlung erfolgte gemäß dem Beschluß des Hauses in geheimer Sitzung.

Wien, 23. Juli. (WB.) Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses hat beschlossen, mit Rücksicht auf die Demission des Gesamtkabinetts die Beratung des Budgetprovisoriums zu vertagen.

Der Nachfolger Seidlers.

Wien, 23. Juli. Den Blättern zufolge erschien der disignierte Ministerpräsident Hussarek vormittags im Abgeordnetenhaus und empfing zunächst die Mitglieder des Verbandsausschusses der deutsch-nationalen Parteien, wobei er die Richtlinien der Politik entwickelte, die er im Falle seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten befolgen würde. Aus diesen Darlegungen geht hervor, daß er vorläufig ein Beamtenkabinett unpolitischen Charakters zu bilden beabsichtigt, daß er jedoch in einem späteren Zeitpunkt durch Aufnahme von Parlamentariern es umzugestalten gedenke. Unmittelbar darauf trat der Verbandsausschuß der deutsch-nationalen Partei zusammen, um zu den Erklärungen Hussareks Stellung zu nehmen. Nach den Vertretern der deutsch-nationalen Parteien empfing Hussarek den Vorstand der christlich-sozialen Vereinigung.

Der Wahlrechtskampf in Ungarn. Anläßlich des Abschlusses der Beratungen über die Wahlrechtsreform im Abgeordnetenhaus veröffentlicht die Leitung der sozialdemokratischen Partei Ungarns eine umfangreiche Erklärung an die Arbeiter, in der ausgesprochen wird, daß das neue Wahlgesetz die berechtigten politischen Forderungen nicht befriedige. Aus diesem Grunde sei es notwendig, den Wahlrechtskampf unbedingt fortzusetzen. Dieser Kampf werde nicht nur der demokratischen Umgestaltung der politischen Macht gelten, sondern auch im Zeichen des Nationalitäten- und Grundbesitzproblems stehen. Das Losungswort bilde das allgemeine, gleiche geheime Wahlrecht für 20jährige Männer und Frauen.

Die Kohlenversorgung Oesterreichs. Im Unterausschuß des kriegswirtschaftlichen Ausschusses der Minister der öffentlichen Arbeiten v. Homann eine Darstellung der gegenwärtigen Lage der Kohlenversorgung und Kohlenwirtschaft. Er gab zu, daß die Kohlenfrage, insbesondere in den letzten Tagen außerordentlich schwierig geworden sei, viel schwieriger, als in der gleichen Zeit des abgelaufenen Jahres. Die Einfuhr ausländischer Kohle sei jetzt insofern befriedigend, als Deutschland die vereinbarte Menge auch wirklich liefere. Der Minister teilte sodann Einzelheiten der neuen Vereinbarungen über die Einfuhr deutscher Kohle nach Oesterreich mit. Die Ursache der Schwierigkeiten der Kohlenbeschaffung seien vor allem die Unterernährung der Bergleute, Verkehrsschwierigkeiten auf den Bahnen und gewisse technische Mittel. Er beabsichtige, die Produktion im ganzen um 14 000 Tonnen täglich zu steigern.

Der Verfassungsantrag der deutsch-österreichischen Sozialdemokraten, der im Abgeordnetenhaus eingebracht worden ist, führt aus, daß die Umgestaltung Oesterreichs zu einem Bundesstaat freier Völker eine europäische Notwendigkeit zur Beendigung des Krieges und zur Verhütung künftiger Kriege ist. Es soll ein 52gliedriger permanenter Ausschuß eingesetzt werden, der bis Jahresschluß den Entwurf der neuen Verfassung ausarbeiten soll. Er soll berechtigt sein, Sachverständige zu vernehmen und statistische Erhebungen pflegen zu lassen. Er soll auch tagen, wenn der Reichsrat vertagt oder geschlossen ist und solange seine Tätigkeit nicht beendet ist, sollen Verordnungen zur Abänderung der Behördenorganisation, der Grenzen der Verwaltungs- u. Gerichtssprengel und des Sprachengebrauchs bei Behörden und Gerichten nicht abgeändert werden dürfen. All diese Vorschriften sind in einen Gesetzentwurf zusammengefaßt; dem Verfassungsausschuß soll eine zweiwöchige Frist zur Berichterstattung gesetzt werden.

Deutsches Reich.

Eine Kundgebung der Freimaurer. Die in Berlin zum ersten Male zu gemeinschaftlicher Tagung versammelten Großmeister und Abgeordneten der Großlogen Deutschlands, Ungarns, der Türkei und Bulgariens haben nachstehende Entschließung gefaßt: „Die freimaurerischen Körperschaften der vier verbündeten Völker erblicken in der Veredelung und sittlichen Vervollkommnung der Menschen eine wesentliche Aufgabe der Freimaurerei. Mit Genugtuung sind sie sich dessen bewußt, vor und im Kriege sich von aller politischen, zum Krieg führenden, den Krieg schürenden und die Völker verhetzenden Propaganda ferngehalten zu haben. Sie sind entschlossen, ihren Ueberlieferungen auch fernerhin treu zu bleiben in dem hohen Bewußtsein, daß auf dem Boden wahrer Vaterlandsliebe in Befolgung des höchsten Sittengesetzes und durch die Pflege wahrer Humanität allein die Grundlage geschaffen werden kann für die Aufrichtung eines geistigen Tempelbaues der Menschheit. Die Mitarbeit der Brüder anderer Völker ist ihnen hierbei, wenn sie sich zu den gleichen Grundsätzen bekennen, willkommen.“

Die Kriegsgewinne der Montanindustrie. Trotz Kriegssteuern und trotz des angeblichen Drucks der Kriegsämter auf die Preise weisen die Montanwerke noch immer steigende Erträge auf und die Kurse an der Börse schnellen kräftig in die Höhe. Rombacher Hüttenwerke und Reinstahl haben bereits Dividendenerhöhungen angekündigt. Die Kattowitzer Bergbau A.-G. kann für das am 31. März 1918 abgelaufene Geschäftsjahr einen von 6,6 auf 7,3 Millionen Mark gestiegenen Ueberschuß verzeichnen. Die Verwaltung klagt zwar, daß der Gewinn „nicht entsprechend dem Umsatze gestiegen“ sei, aber ihre Berufung auf den gestiegenen Umsatz zieht nicht. Denn in Wahrheit ist es so, daß die Umsatzzahlen natürlich durch die allgemeine Erhöhung des gesamten Preisniveaus gewaltig in die Höhe gehoben wurden, ohne daß die Umsatzmenge in gleichem Schritt folgte. Aber selbst wenn auch die Produktion gestiegen wäre, so wäre ein Mehrgewinn von siebenhundertsieben tausend Mark mehr als reichlich.

Herr v. Bonin hat sein Reichstagsmandat niedergelegt. Gegen den konservativen Reichstagsabgeordneten von Bonin schwebt bekanntlich eine Untersuchung wegen Steuerhinterziehung. Bonin hat darauf den Reichstag gebeten, die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung zu geben. Dies lehnte der Reichstag ab. Daraufhin hat Herr v. Bonin sein Mandat niedergelegt. Trägt Schuld an der Behelligung der Wähler mit einer Neuwahl, so wie sich der Abgeordnete in seinem Schreiben vernehmen, treffe die Mehrheit des Reichstags, die auf den guten Ruf der Reichstagsmitglieder keinen Wert zu legen scheine.

Gewerkschaftliches.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1917.

Die Statistische Beilage des „Korrespondenzblattes“ der Generalkommission bringt eine Uebersicht über die deutschen Gewerkschaftskartelle im verflossenen Jahre. Die Zahl der im Bericht bezogenen Kartelle hat auch im Jahre 1917 einen weiteren Rückgang erfahren. Den Höchststand von berichtenden Kartellen wies von allen Berichtsjahren das Jahr 1913 mit 771 Kartellen auf. Im Jahre 1914 dagegen wurden nur 578 Kartelle gezählt, 1915 sank sie auf 524 und 1916 auf 469 Kartelle. Die Zahl der berichtenden Kartelle ist jedoch nicht der der bestehenden gleichzuachten. Die Anzahl beteiligt sich nicht regelmäßig an der Statistik. Den an der Statistik beteiligten Kartellen waren am Schlusse des Jahres 1917 zusammen 5433 Gewerkschaften, die insgesamt 1 053 402 Mitglieder zählten, angeschlossen. Gegen das Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von rund 216 000 Mitgliedern. Die Art der Tätigkeit der Kartelle hat sich unter dem Kriegszustand stark geändert. Der öffentlichen agitatorischen Betätigung der Gewerkschaften sind sehr enge Grenzen gezogen, es fehlt an agitatorisch geschulten Kräften, eine großzügige Werbearbeit für die Gewerkschaften ist daher nicht möglich. Die wertvollsten Einrichtungen der Kartelle sind die auf dem Gebiete des Rechtsschutzes getroffenen, die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen. Das Bestehen von Rechtsauskunftsstellen wurde von 122 Kartellen berichtet. Diese Einrichtungen legen den Gewerkschaften sehr hohe finanzielle Lasten auf. Sehr hohe Kosten verursachen auch die Gewerkschaftshäuser, die in der Statistik von 1917 mit 69 vorhanden sind; 41 davon befinden sich auf eigenem Grundstück. Von den an der Statistik beteiligten Kartellen besitzen 342 gemeinsame Bibliotheken und 82 unterhaltene Lesezimmer. Bildungsausschüsse bestehen an 240 und Jugendkommissionen an 214 Orten. Die 430 Kartelle, die über Kassenverhältnisse berichten, hatten zusammen eine Einnahme von 1 044 453 Mk., eine Gesamtausgabe von 1 046 215 Mk. Die Kassenbestände beliefen sich am Schlusse des Jahres auf 387 816 Mk. In den Schlußbemerkungen des Berichts werden die Arbeiter dringend ermahnt, innerhalb der Gewerkschaften den Spaltungen versuchen keinen Raum zu geben, sondern alle Kräfte im Interesse der Arbeiterschaft zusammenzufassen.

Kommunalpolitik.

Baden-Baden, 24. Juli. Der dem hiesigen städtischen Ausschuß für Beschaffung von Wohnungseinrichtungen für Kriegsteilnehmer s. Zt. gewährte Kredit von 50 000 Mk. wurde in der letzten Stadtratssitzung auf 100 000 Mk. erweitert mit dem ausdrücklichen Bemerken, der Ausschuß möge seine Haupttätigkeit auf den Erwerb gebrauchter, guterhaltener Möbel und Betten lenken, dieselben dann aufarbeiten lassen, um so in der Lage zu sein, zu dem entsprechend billigerem Preis, als es bei neuen Möbeln der Fall, die Einrichtungsgegenstände abgeben zu können.

Der Hunger im Sprichwort.

Von Th. Thomas.

Neulich sagte zu mir einer: „Auch du wirst dein Fett noch kriegen“, worauf ich zurückrief: „Wärst du, wo der Pfeffer wächst!“ Da haben wir uns beide angeschaut und herzlich gelacht; dabei kam es uns zum Bewußtsein, wie doch der Krieg so gründlich auch unseren Sprichwortschatz zermürbt hat. Wem fiel es wohl noch ein, vom „aufgewärmten Kohl“ zu reden, wer würde nicht etwas „für ein Butterbrot“ oder gar „um ein Linsengericht“ hergeben? „Hopfen und Malz ist längst verloren“, viele würden sich heute sogar dazu verstehen, „Kastanien aus dem Feuer zu holen“, wenn es nur welche zu holen gäbe. Sogar „glühende Kohlen auf dem Haupte sammeln“ wäre in der Zeit der Kohlennot ein Gewinn, man könnte Koks davon machen. Wie kann „ein eigener Herd Goldes wert“ sein, wenn kein Brennmaterial drin ist. „Oel ins Feuer zu gießen“ geht nicht, selbst wenn Mutter „auf heißen Kohlen sitzt“ und wenn sie nur „mit Wasser kochen wollte“, alles blieb „zäh wie Sohlleder“.

Da aber niemand „von der Luft leben“ kann, so muß man „in den sauren Apfel beißen“ und sich sogar „um umgelegte Eier kümmern“. Ein Vorteil ist, wenn man jetzt „Grütze im Kopf“ hat. Wer „einen Bock schießt“ oder den „Braten riecht“, der ist „ein richtiger Glückspilz“. In diesem Falle gilt das Wort: „der kann mehr wie Brot essen“; kommt so einer mit einem „Backfisch“ zusammen, dann wäre „das ein Fressen für ihn“. „Mir wässert schon der Mund“. Aber leider, die Fische sind rationiert.

Wo ist der, der noch „große Rosinen im Sack“ hätte?, den würde „der Hafer stechen“, die Welt riefe ihm zu: „Prost Mahlzeit!“, denn die Rosinen sind beschlagnahmt. Da ist es schon besser, man bekommt „Brei um das Maul geschmiert“. Wer noch „ein Hühnchen zu pflücken“ hat, der kann sich damit „das Maul stopfen“, denn „selber essen macht fett“. Fraglich blieb immer noch, ob ihm das Geflügel nicht angerechnet würde, denn „er führte dann ein Leben wie im Schlaraffenland“. Das ist heute sehr gewagt, besser schon: „Er ist nichts wie Haut und Knochen“, oder „er hat keinen Saft und keine Kraft“. „Nicht Fleisch, nicht Fisch“ trifft jetzt mit grausamer Ironie zu, ebenso „daß kein Hase mehr im Pfeffer liegt“. Es ist heute ganz unmöglich, wenn noch jemand „mit Speck Mäuse fangen“ wollte. Dagegen trifft auf verständnisvolle Mienen, wer die Behauptung aufstellt, daß überall „Schmalhans Küchenmeister“ ist. Wieviel Worte haben wir nicht auf Schwein gemacht, um jemand zu beschmutzen, heute zieht jeder den Hut vor dem Tier.

„Abwarten und Tee trinken“ hat noch seine Berechtigung, besonders im Streit zwischen Kühlmann und Westarp; nicht so sehr aber: „Er weiß, wo Barthel den Most holt“, denn es ist keiner zu haben, selbst kein Aepfelwein. „Kaffee und Zucker machen den Beutel lucker“, scheint auch einmal im Kriege entstanden zu sein, nicht aber: „Gott, der Zähne gibt, gibt auch Brot“, dazu braucht jeder seine Brotmarken; auch „unser täglich Brot gib uns heute“ hat nunmehr seinen guten Ruf verloren.

„Sobiel Lärm wegen eines Eierkuchens“. Dies Sprüchlein stammt aus dem 17. Jahrhundert, der es aussprach, war jedenfalls der Meinung, daß es nicht der Rede wert ist, um einen Eierkuchen ein Wort zu verlieren. Ich kenne Leute, die einen Purzelbaum schlagen würden, wenn sie ihn bekämen; es ist jetzt sogar schwer, „Basiliskeneier auszubrüten“, von Jedermann ein Ei, dem frommen Schweppermann aber zwei“ gar nicht zu reden. „Wir kochen breite Bettelsuppen“ bekommt mit jedem Tag mehr Gültigkeit. „Die Milch der frommen Denkungsart“ ist sauer geworden; „in jeden Quark seine Nase stecken“, wäre ein Hochgenuß, leider kostet das Pfund fünf Mark und es gibt keinen. Da kann man schon „zu Essig werden“.

„Wer Butter auf dem Kopfe hat, braucht nicht an die Sonne zu gehen“, das soll für Hamsterer gelten, die für das Pfund 20 Mark zahlen, sie scheuen alle das Tageslicht, besonders in Aschaffenburg. „Honig um das Maul schmieren“ ist eine schwere Sache, eher schon „Rotz an die Backen“; ebenso rate ich niemand, seine Nachbarin eine „dumme Gans“ zu nennen, sie könnte sonst das Verdienstkreuz für Kriegshilfe bekommen. Wer kann heute noch „mit der Wurst nach dem Schinken schmeißen“ oder „klaren Wein einschenken?“ Das ist ebenso unmöglich als wenn ich sagen wollte: „Gib deinen Senf dazu“. „Wo nehmen und nicht stehlen?“ möchte ich fragen.

Wer jetzt sagt, „es ist mir Wurst“ und hat keine Fleischkarte, fällt schon auf. Wer „einen Schwamm im Magen hat“ ist in diesen Zeiten nicht zu beneiden; „ein voller Magen studiert nicht gern“, kann füglich gestrichen werden, auch „wenn es am besten schmeckt, soll man aufhören“, weil man ja kaum anfangen kann. Auch „du dummes Schaf, Rindvieh, Ochse“ usw. bewirkt nur das Gegenteil von der Absicht.

„Ins Fettnäpfchen treten“ müßte heute ein Hochgenuß auch für Vegetarier sein; wer könnte sich verletzt fühlen, wenn ihm gesagt würde, „du hast dein Fett weg?“ Sicher niemand. „Du altes Karnickel“ bewirkt nur einen sehnsüchtigen Augenaufschlag, weil es markenfrei ist, und wenn man „Trapp, trapp“ sagt, wird man gleich gefragt: Wo gibts das denn? „Dem Gaul sieht man sicher nicht ins Maul“.

So ändern sich die Zeiten. „Aus dem Herzen heraus frei und frei reden“, ist reinweg unmöglich, weil immer ein Haken dahinter sitzt. „Der Hunger ist der beste Koch“, mag noch angehen, obgleich ich mit dem „Salz und Brot macht Wangen rot“ schlechte Erfahrungen gemacht habe. Jeder möchte der dümmste Bauer wegen „der größten Kartoffeln“ sein, heute gilt kein das Weberlied:

Kartoffeln in der Früh,
des Mittags in der Brüh,
des Abends in dem Ehrenkleid,
Kartoffeln in alle Ewigkeit,

weil mit einem Pfund täglich dieser schöne Grundsatz nicht durchzuführen ist. „Das stinkt wie Käse“, hörte ich neulich in der Straße, gleich blieb die Elektrische stehen und die Schaffnerin fragte: Wo haben Sie denn den Käse her? Diese Wurst gibts doch keinen.

Ueberall stößt man an. Ein Sprichwort aber hat heute noch seine volle Berechtigung, Vater, Mutter und die Kinder, Bürgermeister und Ratsherren bestätigen es, nämlich: „Wer nicht frißt oder stirbt!“

Deutscher Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 23. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Englische Abteilungen stießen an vielen Stellen der Front gegen unsere Linien vor. Sie wurden abgewiesen. Die Artillerietätigkeit lebte am Abend wieder auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. An den Kampffronten trat zeitweilig Ruhe ein. Südlich der Aisne hat der Feind infolge schwerer Verluste seine Angriffe gestern nicht erneuert. Auch der Artilleriekampf hat hier an Stärke nachgelassen. Beiderseits des Ourcq und zwischen Ourcq und Marne führte der Feind fast in allen Abschnitten heftige Teilangriffe. Sie wurden abgewiesen; südlich des Ourcq brachte sie unser Gegenstoß zum Scheitern. Feindliche Abteilungen, die beiderseits von Jaulgonne in unsere Vorpostenstellungen an der Marne eindrangen, wurden im Gegenangriff an den Fluß zurückgeworfen. Oertliche Kämpfe südwestlich und östlich von Reims.

Gestern wurden 52 feindliche Flugzeuge und 4 Fesselballone abgeschossen. Leutnant Löwenhardt errang seinen 42. und 43., Leutnant Billik seinen 26., Leutnant Bolle seinen 25. und Leutnant Pippard seinen 20. und 21. Luftsieg.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 23. Juli, abends. (Amtlich.) Oertliche Kämpfe auf dem Westufer der Avre. Zwischen Soissons und Reims hat die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz erneut erhebliche Angriffe feindlicher Waffen zum Scheitern gebracht.

Amerikaner im Feuer.

Berlin, 23. Juli. Außer Senegalesen haben die Franzosen bei Fortsetzung ihrer Angriffe zwischen Aisne und Marne zum erstenmal Amerikaner in verhältnismäßig größeren Mengen, auf die Franzosen verteilt, als Kanonenfutter eingesetzt. Die schwarzen wie die amerikanischen Hilfstruppen wurden in dichten Massen gegen die deutschen Linien vorgetrieben. Sie mußten den Einsatz mit einigen Zehntausend toten Negern wie Amerikanern bezahlen. In teilweise 16 Wellen griffen sie an. Eine Welle nach der andern brach im deutschen Artilleriefeuer und Maschinengewehrfeuer zusammen. Auch an dem folgenden Tage erneuerten sie bis zu siebenmal immer wieder ihre Angriffe. Die Kraft erlahmte immer mehr.

Am dritten Tage der Offensive begann die amerikanische Infanterie bereits beim ersten Ansturm zu strecken und sich hinzuwerfen, soweit nur das deutsche Artilleriefeuer einsetzte. Dauerte das Feuer länger, so gingen sie eilig zurück, so daß sich der Angriff stellenweise in ein eiliges Zurückfluten verwandelte. Und vielfach stand die deutsche Infanterie aus ihren Gräben auf und empfing die Amerikaner mit einem stehend freihändig abgegebenen Schnellfeuer.

Beim Angriff am 21. Juli gerieten amerikanische Bataillone der 2. Division, die in der Schlacht von Vissigneux heranrückten, in das Feuer deutscher Maschinengewehre, die von der Zuckerfabrik von Noyon aus die Schlacht bestrichen. Die Amerikaner machten sofort Kehrt und fluteten eilig zurück. Besonders ernste Verluste erlitten sie in den schweren Kämpfen des 19. und 20. Juli.

Nach Aussagen von Gefangenen sind einzelne Regimenter aufgerieben. Vor allem die Offiziersverluste sind furchtbar. In dem Bestreben der Obersten Heeresleitung der Entente, die Erfolge der Amerikaner herauszustreichen oder zu erdichten, liegt eine durchsichtige Tendenz. Wenn das amerikanische Volk Kenntnis erhielte, wie seine Söhne auf fremder Erde für fremde Menschen verbluten müssen, würde die künstlich entfachte und auf unwahren Behauptungen begründete Kriegsbegeisterung bald zunichte werden.

Feindliche Fliegerangriffe im Heimatgebiet.

WTB. Karlsruhe, 23. Juli. **Gestern nachmittag griff eine größere Anzahl feindlicher Flugzeuge abermals Offenburg an. Durch die abgeworfenen Bomben wurden vier Personen leicht verletzt. Ein Mann wird vermißt. Mehrere Gebäude wurden beschädigt, davon eines erheblich.** (z.)

G.K.G. Stuttgart, 22. Juli. **Heute vormittag griffen feindliche Flieger die Stadt Rottweil mit Bomben an. Dieselben verursachten nur geringen Sach- und Häuserschaden. Personen wurden nicht verletzt.**

521000 Tonnen im Juni versenkt.

Berlin, 23. Juli. (WTB. Amtlich.) **Im Monat Juni sind insgesamt**

521000 B.R.T.

des für unsere Feinde nutzbringenden Handelsschiffsraums versenkt worden.

Der ihnen zur Verfügung stehende Welthandelsschiffsraum ist somit allein durch kriegerische Maßnahmen seit Kriegsbeginn um rund

18251000 B.R.T.

verringert worden. Hiervon sind rund 11175000 B.R.T. allein Verluste der englischen Handelsflotte.

Nach den inzwischen gemachten Feststellungen sind im Monat Mai außer den seinerzeit bekannt gegebenen Verlusten der feindlichen oder im Dienste unserer Gegner fahrenden Handelsschiffe noch weitere Schiffe von rund 48000 B.R.T. durch kriegerische Maßnahmen schwer beschädigt in feindliche Häfen eingebracht worden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Versenkt.

WTB. Berlin, 22. Juli. (Amtlich.) **Durch unsere im Sperrgebiet des Mittelmeeres operierenden U-Boote wurden drei wertvolle Dampfer und ein Segler von rund 19000 B.R.T. versenkt.**

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Berlin, 23. Juli. (Privattelegramm.) Mit dem bei Casablanca versenkten spanischen Dampfer „Sardiniero" war bekanntlich auch eine Ladung Getreide vernichtet worden, die für die Schweiz bestimmt war. Der schweizerische Bundesrat war deshalb bei der deutschen Regierung vorstellig geworden. Die deutsche Regierung hat ihr Bedauern über den Vorfall ausgesprochen und Schadenersatz versprochen. Der schweizerische Bundesrat betrachtet damit die Angelegenheit für erledigt.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 23. Juli. (WTB. Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz Artilleriekämpfe wechselnder Stärke.

An der albanischen Front setzte der Feind seine Angriffsversuche beiderseits des oberen Devoli-Tales fort. Sie wurden alle abgewiesen.

Der Chef des Generalstabs.

Honduras erklärt Deutschland den Krieg.

Washington, 23. Juli. (Reuter.) Das Staatsdepartement meldet, daß Honduras am 19. Juli Deutschland den Krieg erklärt hat. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen erfolgte am 18. Mai.

Rußland ist und bleibt neutral.

Berlin, 23. Juli. (Privatmeldung.) Der „Vorwärts" meldet: In Anbetracht der systematischen tendenziösen Berichte der ausländischen Presse, daß Rußland beabsichtige, bald ein Bündnis mit Deutschland, bald mit der antideutschen Koalition zu schließen, ist die Petersburger Telegraphenagentur ermächtigt, zu erklären, daß Rußland neutral ist und auch zu bleiben wünscht. Es hat durchaus nicht die Absicht, einer der kämpfenden Koalitionen beizutreten.

Kleine Kriegsnachrichten.

WTB. **Konstanz,** 23. Juli. Gestern Abend 8.20 Uhr trafen aus Frankreich 370 deutsche Sanitätssoldaten, darunter zwei Sanitätsoffiziere und zwei Aerzte hier ein. Die Angekommenen marschierten nach dem Stadtgarten, wo der Großherzog von Baden eine Begrüßungsansprache hielt. Namens der Ausgetauschten dankte ein Oberarzt für den Empfang. Darauf zogen die Ankömmlinge im Zuge durch die Stadt, von der Bevölkerung herzlich begrüßt.

WTB. **Bern,** 22. Juli. „Progres de Lyon" meldet: Der Gesetzentwurf für die Zählung der Jahresklasse 1920 sieht keinen Zeitpunkt für die Einberufung vor, der von den militärischen Ereignissen abhängig sein wird. Die Vorlage wurde dem Heeresausschuß der Kammer zur Prüfung überwiesen.

Bern, 22. Juli. Wie die „Agence Hellenique" aus Haag meldet, berichten die englischen Blätter, daß ein großer Brand gewaltige Mengen Kriegsmaterial und Heereslieferungen im Hafen von Piräus vernichtet hat. Der Schaden soll mehrere Millionen Pfund Sterling betragen.

Bern, 23. Juli. Dem „Temps" zufolge haben die französischen Kolonien bereits 680000 Soldaten und 238000 Arbeiter nach Frankreich geschickt. (WB.)

Von der Schweizer Grenze, 23. Juli. Havas drahtet aus Neuyork, Theodor Roosevelt habe ein Telegramm aus Frankreich erhalten, wonach sein Sohn, der Flieger Quentin Roosevelt gesund und wohlbehalten sei.

Die Angst der Monarchen vor der Zukunft.

WTB. **Wien,** 23. Juli. (Nicht amtlich.) Meldung des Wiener K. K. Tel.-Corr.-Büro. Wie aus dem Haag gemeldet wird, veröffentlicht die in Neuyork erscheinende „Evening Post" den Text eines angeblich an König Ferdinand gerichteten Privatbriefes, der in der zweiten Hälfte des Februar abgesandt worden sei und die Haltung Rumäniens in der Friedensfrage entscheidend beeinflußt haben soll. Wie das Blatt meldet, sei der Brief dem Vertreter der „Associated Preß" in Jassy durch Vertrauensbruch bekannt geworden. In diesem Briefe habe Kaiser Karl König Ferdinand mit herzlichen Worten auf die großen Gefahren aufmerksam gemacht, die aus der über den Osten hereinbrechenden sozialistischen Welle für alle monarchischen Staatswesen hervorgehe. Kaiser Karl habe dann die Gefahren geschildert, die bei der Ausbreitung des Bolschewismus über die russischen Grenzen für Oesterreich-Ungarn entstünden und in gleicher Weise das rumänische Königshaus bedrohen würden. Deshalb sei Kaiser Karl dafür eingetreten, daß der rumänische König sich mit ihm und den anderen Monarchen Europas zum Kampfe gegen die Anarchie vereinige. Auch habe der Kaiser versprochen, daß, falls König Ferdinand die Alliierten verlasse, Oesterreich-Ungarn und Deutschland ihn in der Wahrung seines Thrones unterstützen würden. Kaiser Karl habe in dem Brief dargelegt, daß Rumänien von den Alliierten verlassen worden sei und habe auf dessen hilflose Lage gegenüber den mächtigen zentralen Kaiserreichen hingewiesen. Den Brief habe der Kaiser mit folgendem Satz geschlossen: Dies ist die Zeit, in der die Könige zusammenstehen müssen.

Das W.T.B. bemerkt dazu: Vorstehende Mitteilungen über den angeblichen und wie hier gleich festgestellt sei, in Wirklichkeit nicht existierenden Privatbrief des Kaisers Karl an König Ferdinand von Rumänien ist vielfach unrichtig. Der Sachverhalt ist folgender: Einem im Einvernehmen mit den Verbündeten gestellten Antrag des Ministers des Aeußern Grafen Czernin entsprechend hat Kaiser Karl im Februar dieses Jahres einen österreichisch-ungarischen Stabsoffizier beauftragt, dem König von Rumänien auf mündlichem Wege eine Mitteilung zugehen zu lassen. Zu jener Zeit hatten die Mächte des Vierbundes bereits ihren Waffenstillstand mit Rumänien abgeschlossen gehabt. Der Friedensvertrag mit der Ukraine stand an jenem Zeitpunkt in seinen Grundzügen fest und die Friedensverhandlungen mit Rußland befanden sich in vollem Gange. Der entsandte Offizier entledigte sich seines Auftrages dadurch, daß er die für den König bestimmte Mitteilung des Kaisers Karl einem das persönliche Vertrauen des Königs der Rumänen besitzenden Offizier zur Weiterleitung bekannt gab. Diese in zwei Unterredungen gemachten mündlichen Mitteilungen, aus denen der Korrespondent der „Associated Preß" in Jassy einen Brief des Kaisers Karl an den König Ferdinand von Rumänien konstruiert, hatten folgenden Inhalt: Falls der König von Rumänien zur Erlangung eines Friedens sich an die Mächte des Vierbundes wenden werde, so habe er keinen Refus zu befürchten. Die von seinem Land verlangten Friedensbedingungen würden ehrenvoll sein. Rumänien könne ohne eine Verpflichtung zum Eintritt in den Kampf gegen seine derzeitigen Alliierten zu übernehmen, eine Vereinbarung mit den Vierbundmächten zu dem Zwecke treffen, gemeinsam mit ihnen die Gefahren einer internationalen Revolution und Anarchie zu bekämpfen. Aus solchen eventuellen Abmachungen könnten jedoch den Mächten des Vierbundes nicht die Verpflichtung erwachsen, Rumänien in seinem Kampfe gegen Rußland Hilfe zu leisten, da der Vierbund sich mit der Sowjetregierung nicht mehr im Kriegszustand befinde. Was die Frage des territorialen Besitzstandes Rumäniens anbelange, so bemerkte der entsandte österreichisch-ungarische Offizier, daß in diesem Stadium hierüber keine Zusage gemacht werden könne, daß diese Frage vielmehr ebenso wie alle weiteren den Verhandlungen der Bevollmächtigten vorbehalten sei.

Die Lage in Rußland.

Das Vorrücken der Entente an der Murmanküste.

Stockholm, 23. Juli. (WTB. Nicht amtlich.) Nach einer Meldung aus Helsingfors sind die Engländer im Vorrücken von Archangelsk gegen Murman begriffen. Letztere Stadt ist schon ernstlich bedroht. Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats in Kem wurden gefangen genommen und hingerichtet. Die Truppen der Alliierten besetzten die Linie Kandalask-Kem.

Moskau, 22. Juli. (WTB. Nicht amtlich.) Die Engländer haben heute die russische Abteilung Auer zum außerordentlichen Schutz der Murmanbahn und zum Eintritt in das Verbandsheer überredet und nach Meldungen auch die russische Zivilbevölkerung zum Eintritt organisiert. Die Werbung ging erfolgreich an, jetzt ist aber wegen der Bedrückung ein scharfer Umschwung eingetreten. Die Rätegewalt in Archangelsk verfügte die Räumung des Kriegshafens, die Anlegung von Befestigungen, die Mobilisierung der Genie- und Artillerietruppen sowie die allgemeine Mobilisierung der 5 jüngsten Jahresklassen. Laut „Murmanski Westnik" haben die Truppen der Zentralregierung Soroki verlassen. Am 7. Juli ist dort ein englischer Kreuzer eingetroffen. Die gesprengten Brücken wurden wieder hergestellt.

Berlin, 23. Juli. Der frühere Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Dr. Helfferich, ist zum diplomatischen Vertreter des Deutschen Reiches in Moskau ernannt worden. (WB.)

Moskau, 20. Juli. (WTB. Nicht amtlich.) Trotzki veröffentlicht einen Aufruf, die Wolga, den Ural und Sibirien vom Feinde zu säubern und die blutabsperrende sibirische Schlange zu erwürgen. Er verbietet allen Militärbeamten, den englischen und französischen Offizieren irgendwelche Hilfe zu leisten. Die Offiziere seien streng zu überwachen und ihre Abreise zu verhindern. Die Engländer haben Leute von russischen Abteilungen für den außerordentlichen Schutz der Murman-Bahn zum Eintritt in das Verbandsheer überredet, auch Werbungen zum Eintritt der russischen Zivilbevölkerung organisiert. Die Werbungen waren anfangs erfolgreich. Jetzt ist wegen der Bedrückung ein scharfer Umschwung eingetreten. Die Rätegewalt in Archangelsk verfügte die Räumung des Kriegshafens, die Anlage von Befestigungen, Mobilisierung der Genie- und Artillerietruppen, sowie allgemeine Mobilisierung der jüngsten fünf Jahrgänge.

Moskau, 20. Juli. (WTB. Nicht amtlich.) Die hiesige Presse meldet: Unter dem Protektorat der Entente soll eine Wologda-Republik gegründet werden, die den Murman und Teile von Nordrußland bis zum Ural umfaßt. — Der Aufstand der Weißen Gardisten im Ural ist unterdrückt. In Moskau wurde zum zweitenmale das Erscheinen aller nicht bolschewistischen Zeitungen und Zeitschriften verboten.

Moskau, 20. Juli. (WTB. Nicht amtlich.) Die heutige Nummer des „Pravda" feiert die Erschießung des Zaren. Die Gebete der Priester, die für seine Gesundheit beteten, können ihn nicht aufwecken. Nikolaus II. sei eine klägliche Figur gewesen, der Träger einer fürchterlichen Reaktion und auch die Schuld am Kriege. Von zwei Seiten sei er mit dem Imperialismus der Räuberstaaten Europas verbunden gewesen. Dort wird man über ihn weinen.

Jekaterinburg, 19. Juli. (P. T.-A.) Von dem Kommandanten der Stadt Jekaterinburg ist ein Befehl veröffentlicht worden, der die Arbeitspflicht der besitzenen Klassen Jekaterinburgs im Alter von 20 bis 45 Jahren einführt. Die Eigentümer von Häusern, Fabriken, Restaurants sowie Besitzer von bedeutenden Depositengeldern in Banken usw. werden für militärische Grabenarbeiten mobilisiert.

Moskau, 20. Juli. (P. T.-A.) Der Bericht der deutschen Zeitungen über die Einwilligung der russischen Regierung, den Schutz der deutschen Botschaft in Moskau deutschen Soldaten zu übertragen, ist nicht ganz zutreffend. Die russische Regierung hat sich damit einverstanden erklärt, das Dienstpersonal in der Botschaft um 300 Mann zu vergrößern, jedoch unter der Bedingung, daß diese 300 Mann, die aus Deutschland kommen können, keine Militäruniform tragen.

Aus aller Welt.

Ein Raubanfall auf einen Güterzug. In Oberhausen wurde gestern Nacht ein auf der Fahrt von Duisburg nach Oberhausen befindlicher Güterzug von bewaffneten Räubern überfallen, die mit vorgehaltenem Revolver das Bahnpersonal zwangen, die Ausraubung ihrer Wagen zuzulassen. Eine von der Station Oberhausen abgegangene Hilfsmaschine, die mit Bahnbeamten besetzt war, gelangte am Ort der Tat ein, als die Räuber noch mit der Fortschaffung der Säcke beschäftigt waren. Es gelang den Bahnbeamten, von den gestohlenen Säcken neun zurückzuholen. Die Bande konnte bisher nicht ermittelt werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Sozialisierung der russischen Industrie.

Das „Berliner Tageblatt“ ist in der Lage, den Erlaß der Sowjetrepublik über die Nationalisierung der wichtigsten Industrien wiederzugeben. Danach handelt es sich um eine vorläufige Maßnahme, die wenigstens im Augenblick nur formal-rechtliche Bedeutung hat, sich in vielen Industriezweigen nur auf Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem bestimmten Mindestkapital bezieht und die wirtschaftlichen Funktionen der Unternehmen und die Gewinnergebnisse ihrer Aktionäre und Leiter nicht beeinträchtigen will.

Es handelt sich also um eine Sicherungsmaßnahme mit dem Zweck, eine Auflösung der Gesellschaften oder eine Hinterziehung ihres Eigentums zum Schaden des Staates und der Volkswirtschaft zu vermeiden und zugleich Zeit für die naturgemäß infolge der Kompliziertheit der Materie langsame organische Umgestaltung der Industrie im sozialistischen Sinn zu gewinnen. Es muß aber doch auffallen, daß sich die Neuordnung vielfach nur gegen die Aktiengesellschaften kehrt, also ein Ausnahmegesetz zu ihren Ungunsten darstellt und in dieser Eigenschaft sogar etwas rückschrittlich erscheint, weil gerade die Aktiengesellschaft die typische und überlegene Wirtschaftsform der Gegenwart und der Zukunft ist.

Die Leitsätze für die Verstaatlichung lauten: „Bis auf weitere Anordnung werden alle Unternehmungen, die zum Eigentum der Sowjetrepublik erklärt sind, als in unentgeltlicher Pachtnutzung der früheren Besitzer befindlich angesehen; die Verwaltung und die früheren Besitzer finanzieren sie in früherer Weise, ebenso erhalten sie die Gewinne wie früher. Vom Augenblick der Bekanntmachung der Verordnung an sind die Leiter der nationalisierten Unternehmungen für die Integrität und Unversehrtheit der Unternehmung sowie für deren regelmäßige Arbeit vor der Sowjetregierung verantwortlich. Falls sie ihren Dienst ohne Einwilligung der entsprechenden Organe des Volkswirtschaftsrates verlassen oder falls sich nicht zu rechtfertigende Unterlassungen in der Arbeitsführung der Unternehmung herausstellen, haben sich die Schuldigen nicht nur mit ihrem gesamten Vermögen, sondern auch strafrechtlich vor den Gerichten der Republik zu verantworten. Alle technischen und sonstigen Angestellten, Arbeiter sowie die Direktoren, Verwaltungsmitglieder und die verantwortlichen Leiter werden als im Dienste der Sowjetregierung befindlich erklärt und erhalten aus dem Gewinn und dem Umlagekapital der Unternehmungen ein Gehalt in der Höhe, wie es bis zum Moment der Nationalisierung der Unternehmungen bezahlt wurde. Alle Beträge, die den Verwaltungsmitgliedern, Aktionären und Inhabern der nationalisierten Unternehmungen persönlich zugehören, werden bis zur Klärung der Frage der eventuellen Zugehörigkeit dieser Summen zu dem Betriebskapital und den Mitteln der Unternehmungen beschlagnahmt. Die Unternehmungen, die den Konsumvereinen, Produktiv- und sonstigen Genossenschaften und deren Verbänden gehören, unterliegen nicht der Enteignung durch die Republik.“

Interessant ist es, in welchen Industrien und in welchem Umfang die Verstaatlichung erfolgt. Es werden alle Unternehmen verstaatlicht: der Gummiindustrie und im Platin-, Wolfram-, Silber-, Blei- und Zinkbergbau, ferner Eisenbahnen, einschließlich der Straßenbahnen, Gas- und Wasserwerke und schließlich jene Unternehmen, die eine bestimmte Spezialität in der Sowjetrepublik herstellen, also offenbar ein privates Monopol haben. In den anderen Industriezweigen werden nur die Aktiengesellschaften und die Gesellschaften mit beschränkter Haftung nationalisiert, und zwar auch nur insoweit, als sie entsprechend der durchschnittlichen Betriebsgröße in den einzelnen Industrien über ein Mindestkapital oder eine Mindesterzeugung verfügen, die in jedem einzelnen Fall besonders bestimmt ist.

Für unsere Soldaten.

Wie erlangt man eine Kapitalabfindung?

Da vielfach noch immer Unklarheit herscht über die Bedingungen, unter denen eine Kapitalabfindung an Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen gewährt wird, geben wir nachstehend die wichtigsten Bestimmungen wieder: Die Kapitalabfindung soll Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen instand setzen, sich ländlichen oder städtischen Grundbesitz (eigne Heimstätten möglichst für Lebensdauer) zu erwerben. Die Kapitalabfindung soll ferner die Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen, die bereits Grundstücke besitzen, vor dem Verluste dieses Besitzes schützen oder ihnen helfen, ihren Grundbesitz zu erweitern oder zu verbessern. Die Kapitalabfindung wird nur auf Antrag gewährt; der Antrag ist jedoch an keine Frist gebunden, d. h. man kann ihn bis zum vollendeten 55. Jahre (unter Umständen auch später) jederzeit stellen. Es ist jedoch ratsam, den Entschluß nicht unnötig zu verschieben, weil je jünger der Antragsteller ist und je höher seine kapitalisierbaren Bezüge sind, desto höher auch die Kapitalabfindung ausfallen kann. Kriegsbeschädigte haben den Antrag zusammen mit den Militärpapieren bei dem zuständigen Bezirksfeldwebel einzureichen, Kriegerwitwen bei der Gemeinde ihres Wohn- und Aufenthaltsortes. Dabei sollen die Antragsteller möglichst genau angeben, für welchen Zweck sie die Kapitalabfindung verwenden wollen. Etwa bereits vorhandene Unterlagen (Grundstücksangebote, Kauf- und Bauverträge, Baupläne, Kostenanschläge, Katasteranzeigen, Grunduchabschriften usw.) sind beizubringen. Bevor man sich jedoch auf irgend welche Rechtsgeschäfte und Verpflichtungen einläßt, wende man sich zunächst an eine Beratungsstelle der örtlichen Kriegsfürsorgeorganisationen. Nach einiger Zeit erhält der Antragsteller einen vorläufigen Bescheid vom Generalkommando. In diesem vorläufigen Bescheid wird mitgeteilt, ob und in welcher Höhe eine Kapitalabfindung gegebenenfalls gewährt werden kann. „Gegebenenfalls“, das heißt: wenn der Antragsteller eine „nützliche Verwendung des Kapitals“ nachweisen kann. In dem vorläufigen Bescheid des Generalkommandos ist außerdem angegeben, an welche Zivilbehörde sich der Antragsteller zur Beschaffung dieses Nachweises zu wenden hat. Erst wenn der Nachweis geführt ist, kann mit der Bewilligung der Abfindung gerechnet werden. Sollte das Generalkommando den Antrag auf Kapitalbewilligung ganz oder teilweise abgelehnt haben, so sind die genannten Stellen ferner auch bereit, den Antragsteller selbst weiterhin kostenlos zu beraten. Die endgültige Entscheidung über den Kapitalabfindungsantrag steht allein der Obersten Militärbehörde zu, also je nach dem Truppenteil, entweder dem Kriegsministerium, dem Reichsmarineamt oder dem Reichskolonialamt. Wer Kauf-, Bau- oder sonstige Verträge zu Siedlungszwecken unterschreibt oder sich mündlich rechtsverbindlich verpflichtet, bevor er den endgültigen Bescheid der Obersten Militärbehörde erhalten hat, der handelt voreilig und unvorsichtig. Unter allen Umständen ist es ratsam, nur solche Verträge zu unterschreiben, die folgende beiden Sätze enthalten:

§ ... Der Käufer hat das Recht, ohne Entschädigung von diesem Vertrage zurückzutreten, falls ihm aus irgend einem Grunde eine Kapitalabfindung nach dem Gesetze vom 3. Juli 1916 nicht bewilligt werden kann.

§ ... Für alle Vereinbarungen gilt lediglich dieser Vertrag; mündliche Vereinbarungen haben daneben keine Gültigkeit.

Bemerkt sei noch, daß zu den Witwen, die Kapitalabfindung erhalten können, zählen: die Witwen der Kriegsteilnehmer, deren Ehemann im Felde geblieben ist, oder an einer Kriegsverwundung oder an den Folgen einer sonstigen Kriegsdienstbeschädigung gestorben ist. — Waisen kommen für Kapitalabfindung nicht in Frage.

Erhalten Kriegsgetraute Unterstützung?

* Sehr häufig wird angefragt, wie es mit der Kriegsunterstützung für Kriegsgetraute steht, ob sie gezahlt wird oder nicht. Wir können darauf nur antworten: Selbstverständlich müssen die Kriegsgetrauten unterstützt werden: freilich, nach dem Gesetz nur dann, wenn sie bedürftig sind. Darauf vor allem kommt es an.

Nun entsteht sofort die Frage: Wann ist eine kriegsgetraute Ehefrau bedürftig? Im Gesetz steht darüber nichts, und so haben die Lieferungsverbände, die Gemeindevorsteher und Bezirksämter einen ziemlich freien Spielraum. Kein Wunder, daß die Klagen über Verweigern von Wehrunterstützung an Kriegsgetraute nicht abreißen. Diese Klagen sind auch bis zum Reichskanzler gedrungen, der sich daraufhin beeilte, an sämtliche Bundesregierungen ein Rundschreiben zu richten, worin empfohlen wird, die Unterstützung der Kriegsgetrauten in jedem Falle wohlwollend zu prüfen. In dem Rundschreiben des Reichskanzlers heißt es u. a.:

„Wiederholt ist — auch von amtlicher Seite — Klage darüber geführt worden, daß kriegsgetrauten Ehefrauen die Familienunterstützung zu Unrecht versagt werde. Zugleich ist angeregt worden, bestimmte Grundsätze darüber aufzustellen, wie gegenüber Anträgen kriegsgetrauter Ehefrauen auf Gewährung der Familienunterstützung zu verfahren sei. Ich habe mich demgegenüber ablehnend verhalten. Denn einmal hängt die Frage der Gewährung oder Nichtgewährung der Familienunterstützung auch bei Kriegsgetrauten in erster Linie von der Feststellung der Bedürftigkeit ab, deren Prüfung den Lieferungsverbänden allein überlassen bleiben muß. Dann aber liegen die Fälle zu verschiedenartig, um für ihre Behandlung allgemeine Richtlinien aufzustellen.“

Weil aber, wie der Reichskanzler weiter sagt, die Versagung der Unterstützung gerade bei Kriegsgetrauten vielfach Erbitterung hervorgerufen zu haben scheint, der in der jetzigen Zeit möglichst vorgebeugt werden muß, sollen die Lieferungsverbände jeden einzelnen Fall eingehend und wohlwollend prüfen. Das ist gewiß sehr schön gesagt, aber helfen wird es kaum. Denn diejenigen Stellen, welche vorher die kriegsgetrauten Frauen nicht unterstützungsberechtigt hielten, werden es auch für die Folge nicht tun, denn sie müßten ja sich selbst das Zeugnis ausstellen, daß sie es seither an „Wohlwollen“ fehlen ließen. Das beste wäre in der Tat, bestimmte Grundsätze über die Unterstützung an Kriegsgetraute aufzustellen. Möglich ist das schon, obwohl die Fälle meist recht verschieden geartet sind.

Beurlaubung von Soldaten nach mehreren Orten. Auf eine Anregung des Reichstagsabg. Marquardt, den Urlaubern ihren Urlaub für zwei Orte zu gewähren, damit sie ihre Familie und evtl. auch ihre Eltern besuchen könnten, ist die Antwort erfolgt, daß eine Regelung des Urlaubswesens in Vorbereitung sei, die diese Möglichkeit in sich schließen werde.

Baden.

Das neue Kirchengesetz. Mit der Veröffentlichung im Gesetzes- und Verordnungsblatt ist das neue Kirchengesetz in Kraft getreten. Die wichtigste Aenderung gegen den bisherigen Rechtszustand besteht darin, daß der Nachweis einer gewissen wissenschaftlichen Vorbildung der Geistlichen nur noch für die ständige, nicht aber für die vorübergehende Ausübung kirchlicher Funktionen zu erbringen ist. Damit ist das letzte gesetzliche Hindernis, das der Niederlassung von Männerklöstern bis jetzt noch im Wege stand, beseitigt. Trotzdem wird aber, wie der „Straßburger Post“ geschrieben wird, daraufhin noch nicht sofort die Niederlassung von Männerklöstern erfolgen, es müssen zunächst die Bedingungen, unter denen es möglich ist, zwischen der Staatsregierung und der Erzbischöflichen Kurie vereinbart werden. Erst wenn sich diese beiden Stellen geeinigt haben werden, wobei neben dem Ort auch die Zahl der Niederlassungen von besonderer Wichtigkeit ist, kann der Einzug von Männerklöstern in Baden erfolgen. An einer Verständigung ist jedoch nicht zu zweifeln.

* **Durlach**, 23. Juli. Durch Blitzschlag wurde in der Gemeinde Stupferich das Anwesen des Landwirts Gregor Schneider vollständig eingeäschert. Der Viehbestand wurde gerettet.

* **Rastatt**, 23. Juli. Festgenommen wurde ein lediger Metzger von hier, weil er auf dem Wege des Schleichhandels ein Rind aufkaufte. Das Rind wurde beschlagnahmt.

* **Gernsbach**, 23. Juli. Am Montag vormittag brach im Anwesen der Familie Hurrle in der Schloßstraße Feuer aus, das rasch auf das Anwesen des Kaufmanns Langenbach übergriff. Beide Anwesen brannten in kürzester Zeit fast vollständig nieder. Ein Schwein und zwei Ziegen sollen mitverbrannt sein.

* **Gemsbach**, 23. Juli. Wegen Geheimschlächterei wurden mehrere Personen verhaftet und dem Gerichtsgefängnis in Weinheim eingeliefert. Das Fleisch von zwei Stück Rindvieh wurde beschlagnahmt, als es die Geheimschlächter mit der Bahn nach auswärts senden wollten.

* **Offenburg**, 23. Juli. Am Montag mittag brach im Dachstuhle des dem Stadtrat Müller gehörenden Anwesens Feuer aus. Der Dachstuhl wurde vollständig zerstört.

* **Mannheim**, 24. Juli. Beim Bedienen eines Schweißapparates zog sich die 19 Jahre alte Fabrikarbeiterin Marg. Seltenreich von Seckenheim, in einer Fabrik hier, durch eine Stichflamme Brandverletzungen an der rechten Hand zu und starb infolge dieser Verwundung.

* **Schelingen** am Kaiserstuhl, 24. Juli. Das Gasthaus zur „Sonne“ ist mit all seinen Futtervorräten bis auf den Grund niedergebrannt.

Konstanz, 23. Juli. Die Handwerkskammer in Konstanz hat für die in der Schweiz internierten Handwerker neuerdings in Chur und in Luzern Handwerkerprüfungen abgehalten. In Chur waren es 32, in Luzern 70 Handwerker der verschiedensten Berufe, die sich der Prüfung unterzogen und vielfach hervorragende Meisterstücke lieferten.

Gauwanderung der „Naturfreunde“ des Gaues Südwestdeutschland.

Am 4. August unternehmen die dem Gau Südwestdeutschland angeschlossenen Ortsgruppen des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ ihre zweite Gauwanderung in diesem Jahre. Die Tour wird von Ottersweier bei Achern die Teilnehmer auf den Rücken der Hornisgrinde führen. Von dort wird in gemeinsamer Wanderung der Abstieg über den Mummelsee nach Achern angetreten. Die Schönheiten des nördlichen Schwarzwaldes verbürgen dafür, daß alle Teilnehmer voll und ganz von der Wanderung befriedigt werden. Ehrensache aller Ortsgruppen muß es sein, an dieser Wanderung teilzunehmen, nicht allein, um in schönem Freundeskreise die Schönheiten der Natur zu genießen, sondern auch um öffentlich kund zu tun, daß die hohen Ideale unserer Bewegung auch während der jetzigen schweren Zeit immer mehr Anhänger und Freunde in Arbeiterkreisen gewinnen und den Wert für die Menschheit nicht verloren haben. Wegen einer event. Führergestellung wende man sich sofort an die Ortsgruppe Karlsruhe.

Schlechte Aussichten für die Winterheizung.

Zur Lage am süddeutschen Kohlenmarkt wird der „Frankf. Zeitung“ unterm 18. ds. Mts. aus Mannheim geschrieben:

„Bei verhältnismäßig günstigem Rheinwasserstand konnten dem süddeutschen Markte in jüngster Zeit erhebliche Posten Brennstoffe beigeführt werden, da selbst die größten Kähne mit vollen Ladungen an die oberrheinischen Plätze schwimmen konnten. In den Kohlenfrachten ist etwas mehr Stetigkeit eingetreten. An der Ruhr wurde in letzter Zeit alles aufgeboten, um nicht nur die Förderung auf der Höhe zu halten, sondern auch die günstige Wasserstraße auszunützen. Man suchte besonders die höchst gelegenen Wasserumschlagsplätze mit Ware zu versehen, um Schwierigkeiten zu vermeiden, wenn Niedrigwasserstand eintritt. Die Erwartungen, daß es gelingen wird, nennenswerte Auflagerungen in Brennstoffen an den oberrheinischen Plätzen zu ermöglichen, haben sich bisher nicht erfüllt, und es deuten auch alle Anzeichen darauf hin, daß dies auch in nächster Zeit kaum zu bewerkstelligen sein dürfte. Ueberhaupt wird man ernstlich damit rechnen müssen, die gleiche Knappheit an Kohlen vorzufinden, wie im Vorjahr. Erhebliche Posten Kohle müssen verkokt werden, um die dringend erforderlichen Nebenerzeugnisse in ausreichendem Maße zu erhalten. Der weitaus größte Teil der Erzeugung muß unter diesen Umständen unaufbereitet bleiben. Größere Mengen Förderkohlen kamen wohl heran, aber bei eitem nicht ausreichend, um den Anforderungen darin genügen zu können. Der Mangel an aufbereiteten Sorten trat überaus scharf in Erscheinung, und es besteht kein Zweifel, daß das Großgewerbe noch mehr als seither zur Verfeuerung von Koks übergehen muß, wenn es größere Verlegenheiten vermeiden will.“

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 16. Heft vom 2. Band des 36. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Revolutionskämpfe in Rußland. Von N. E. Verow. — Das „Programm“ der Zentrumspartei. Von R. Kempkens (Berlin). — Honoré Daumier und sein satirischer Zeitspiegel. Von Edgar Steiger. — Schattenbilder aus der Kindheit der Sozialdemokratie. Von Wilhelm Blos. II. Die Gründung des Schweizerschen „Sozialdemokrat“. — Literarische Rundschau: Oberst Dr. Krumm-Heller, Carranzas Mexiko. Von Heinrich Cunow. — Notizen: Der Aufstieg der deutschen Gewerkschaften.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3.90 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. — Das einzelne Heft kostet 30 Pfennig.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 21 des 28. Jahrgangs zugegangen.

Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfg.; unter Kreuzband 85 Pfg. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 15. Nummer des 35. Jahrgangs erschienen.

Der Preis der Nummer ist 15 Pfg. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Wirtschaftsdienst. Deutscher Volkswirt. Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts. Sonderhefte: Wiederaufbau der deutschen Friedenswirtschaft. Vorträge und Reden anläßlich des Besuches des Deutschen Reichstags in Hamburg am 15. und 16. Juni 1918. Preis 1 Mk. direkt von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts, Hamburg, Rothenbaumchaussee 12, oder durch den Buchhandel zu beziehen.

A. Damaschke: „Geschichte der Nationalökonomie“, eine erste Einführung. 48.—49. Tausend. Zehnte erweiterte Aufl. Jena. 1918. 2. Band. 400 Seiten. Preis 4,50 M.

Aus dem Inhalt: Das nationale System; Friedrich List, der Prophet und Märtyrer deutscher Weltwirtschaft. Die historische Schule. Der Staatssozialismus. Christlich-sozial. Nationalsozial. Der Kommunismus. Die Utopisten. K. Marx. Ferd. Lasalle. Die Geschichte der Sozialdemokratie. Die Anarchie in Deutschland, Frankreich und Rußland. Um den Parlamentarismus. Die Bodenfrage in England, Frankreich, Italien, Rußland als Ursache des Weltkrieges. Die Bodenfrage bei den Magyaren, Osmanen und Zionisten. Die Bodenreform-Bewegung. Versöhnung zwischen Individualismus und Sozialismus.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe**, 24. Juli.

Bürgerausschußsitzung.

Die Stadtverordneten waren auf Dienstag Nachmittag 5 Uhr zu einer Sitzung geladen, deren Tagesordnung 12 Punkte umfaßte, wozu noch auf Vorschlag des Oberbürgermeisters zwei weitere Beratungspunkte kamen, so daß 14 Vorlagen zu erledigen waren. Trotz des großen Umfangs der Tagesordnung war die Sitzung nur von kurzer Dauer, die Vorlagen gaben samt und sonders keinen Anlaß zu großen Auseinandersetzungen, sie waren auch größtenteils unwichtiger Art, so daß nach 2 Stunden die Beratung zu Ende war. Eine unwesentliche Abänderung erfuhr nur die Vorlage, die die Gewährung eines Darlehens von 500 000 Mark an den Kreisausschuß verlangte. Im Vertrag war vorgesehen, daß die Stadt das Darlehen — das übrigens vom Kreisausschuß zu Zwecken der Mittelstandshilfe verwendet werden soll — zu 5 Proz. auf zehn Jahre unkündbar gewähren soll. Bei Steigen des Zinsfußes auf über 5 Proz. würde also die Stadt eine Einbuße erleiden. Der Stadtverordnetenvorstand schlug deshalb vor, daß bei Aenderung des Zinsfußes der Vertrag nach 5 Jahren einer Nachprüfung unterzogen werden soll, welchem Vorschlag der Stadtrat zustimmte, so daß auch diese Vorlage, wie alle übrigen, einstimmige Annahme fand. Gerügt wurde aus Anlaß der Besprechung dieser Vorlage von Stadtv. Gen. Marum, daß den Stadtverordneten diese Vorlage, die doch immerhin schon in finanzieller Hinsicht von einiger Wichtigkeit ist, nicht gedruckt zugegangen war, wie auch eine ganze Anzahl weiterer Vorlagen. Diese Unterlassung, so führte Gen. Marum aus, widerspreche den bisherigen Gepflogenheiten; aus der Tagesordnung hätten die Stadtverordneten nicht ersehen können, um was es sich handelt, wie hoch der angeforderte Betrag sei. Es sei nichts einzuwenden, wenn der Stadtrat in dringenden Fällen eine rasche Entscheidung treffe; aber in solchen wichtigen Fragen hätten die Mitglieder doch das Recht, zu verlangen, daß eine schriftliche Vorlage mit Begründung ihnen zugehe. Wir finden diese Forderung für eine Selbstverständlichkeit und nur zu berechtigt. Es wäre doch ein unhaltbarer Zustand, wenn die Stadtverordneten zu Sitzungen geladen und kommen würden, von denen sie nichts wissen als den Inhalt der Tagesordnung. Kann man einem gewissenhaften Stadtvertreter zumuten, einfach Ja und Amen zu sagen, die wichtigsten Entscheidungen zu treffen, Forderungen, die in die Hunderttausende gehen, zuzustimmen, ohne vorher Kenntnis von dem Inhalt solcher Vorlagen und deren Begründung erhalten zu haben. Das geht doch unmöglich. Der Oberbürgermeister erklärte zwar auf die Ausführungen des Gen. Marum, der Stadtrat sei nicht verpflichtet, schriftliche Vorlagen vorzulegen. Nun, schließlich ist der Bürgerausschuß auch nicht verpflichtet, allen mündlichen Vorlagen zuzustimmen; also ein Mittel hätte er schon, seinen Willen durchzusetzen. Es ist gewiß nicht nötig, daß zu allen Vorlagen eine lange schriftliche Begründung gegeben wird, gerade unter den gestrigen Tagesordnungspunkten waren eine ganze Anzahl, bei denen die Angabe des „Betreffs" und der angeforderten Summen genügt hätte. Es ist auch nicht nötig, daß über jede Forderung eine gesonderte, sauber gedruckte Vorlage angefertigt wird, man könnte ganz gut eine Reihe kleinerer Anforderungen in einer Vorlage zusammenstellen. Auch wird sicher kein Stadtverordneter verlangen, daß ihm ein sauber gedruckter Schriftsatz zugeht, ein Durchschlag würde u. E. vollkommen genügen. Und wenn auch das aus Sparsamkeitsgründen nicht möglich ist, dann genügt eine kurze Mitteilung über Art und Inhalt und Kostenpunkt der Vorlage an die Presse. Auf keinen Fall aber geht es, daß die Stadtverordneten ohne jegliche Kenntnis über das, was sie beschließen sollen, in die Sitzung bestellt werden. — Wir lassen noch den Inhalt der Vorlagen, die den B.A.M. nicht schriftlich zugegangen waren, folgen, sowie den angeforderten Betrag, über die anderen haben wir ja bereits bei Erscheinen kurz berichtet. Punkt 7 betraf die Dienstaufwandsentschädigung für den III. Bürgermeister, Betrag 1000 Mk. jährlich; 8. Darlehen an den Kreisausschuß, 500 000 Mk.; 9. Aufstellung einer Futtertrockenanlage im Schlacht- und Viehhof, 6500 Mk.; 10. Beschaffung eines Kalorimeters im Gaswerk, 30 000 Mk.; 12. Beschaffung zweier Pferde und Ankauf einer Schafherde für die städtischen Gutshöfe Klosterhof und Talhof, 30 000 Mk.; 13. Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Endhaltestelle der Straßenbahn am Kühlen Krug, 2300 Mk.; 14. Genehmigung zum Abschluß eines Dienstvertrags mit dem neuen Straßenbahndirektor, Anfangsgehalt 13 000 Mk.

Eine Rationierung der Wohnungen?

Die behördliche Rationierung der Nahrungsmittel und anderer Bedarfsartikel verfolgt bekantlich den Zweck, die Bedarfsbefriedigung der reichen Leute zugunsten der minderbemittelten Schichten der Bevölkerung einzuschränken, um so jedermann ohne Unterschied ein bestimmtes Maß von Lebensmitteln etc. sicherzustellen. Wendet man diesen Grundsatz sinngemäß auch auf das Wohnbedürfnis an, so läßt sich nicht einsehen, weshalb bei einem Mangel an Wohnungen auf der einen Seite und übermäßig vielen Wohnräumen bei einzelnen Familien man nicht auch das Wohnbedürfnis rationieren sollte. Aehnlich schrieb im Hinblick auf die Mannheimer Wohnungsnot unser dortiges Parteiblatt, die „Volksstimme", und aus Leserkreisen fehlt es nicht an Zustimmungsäußerungen.

Nach einer Bekantmachung des badischen Ministeriums des Innern scheint man sich an zuständiger Stelle diesem Gedanken nicht ganz abhold zu zeigen, denn die Verordnung des stellv. Generalkommandos über die Gewährung von Unterkunft im Falle eines Notstandes soll allerorts anwendbar sein, wo dringende Wohnungsnot besteht. Die Bezirksämter sind somit befugt, obdachlose Personen zwangsweise einzuquartieren. Die entstehenden Kosten sind gegebenenfalls von der örtlichen Wohlfahrtspolizei zu tragen.

Wenn diese Verordnung strikte durchgeführt wird, kann es vorkommen, daß eine kleine Familie, welche eine ganze Villa oder sonst eine mehrzimmerige Wohnung inne hat, im Falle der Wohnungsnot eine obdachlose Arbeiterfamilie als Quartiergäste zum Mitbewohnen ihrer überschüssigen Zimmer zugeteilt erhält. Tritt dieser Fall da und dort ein und werden besonders solche reichen Leute mit großen Wohnungen bedacht, die auf die Schaffung von Kleinwohnungen Einfluß haben, so wird bald die dringendste Wohnungsnot behoben sein, denn um die unlieben zwangsweisen Quartiergäste loszubekommen bezw. überhaupt eine solche Wohnungsnot nicht akut werden zu lassen, würden solche Leute Himmel und Erde zur Schaffung neuer Wohnungen und Abbestellung einer Wohnungsnot in Bewegung setzen. Vorerst sind wir aber noch nicht so weit, denn ein bekanntes Sprichwort sagt: Eine Krähe hackt der andern kein Auge aus. So manche gute Verordnung hat in den 4 Kriegsjahren die Druckpresse passiert und steht auf dem Papier, das bekanntlich geduldig ist, — für die Katz, d. h. es fehlt an energischen Maßnahmen zur Durchführung. So wird es leider wohl auch mit oben erwähnter Verordnung bleiben.

Hinaufsetzung der Kleiepreise. Die Höchstpreise für Kleie sind neu festgesetzt worden. Sie betragen für nicht über Lager gehende Lieferungen der Geschäftsstelle der Badischen Futtervermittlung für 100 Kilogramm ohne Sack frei Verteilungsstation bei Lieferung an Kommunalverbände 15.20 Mark und bei unmittelbarer Lieferung an Verbraucher 15.40 Mark für über Lager gehende Lieferungen 17 Mk. und 17.20 Mark ab Lager. Die Kommunalverbände ihrerseits sind berechtigt, neben besonderer Berechnung ihrer Ausgaben für Fracht und Fuhrlohn noch 50 Pfg. den obengenannten Preisen zuzuschlagen.

Man plant anscheinend wieder eine weitere Verteuerung der Milch und der Milchprodukte, weil zunächst mal mit der Kleie angefangen wird.

Der Badische Gastwirtverband hielt hier vor kurzem seine Hauptversammlung ab. Es wurden darauf zwei Entschließungen gefaßt, von denen die erste eine bessere Zuteilung von Lebensmitteln an die Gaststätten verlangt. In der zweiten werden von der Regierung noch vor dem Herbst Maßnahmen gefordert, durch die der Preistreiberei Halt geboten werden solle. Vier Anträge, die die Belieferung mit Mostobst, die Einführung von gastwirtsgewerblichen Fachkursen, die Einschränkung der Wirtschaftskonzessionen, sowie die Vergebung von Bahnhofswirtschaften an Kriegsinvalide badischer Landesangehörigkeit betrafen, wurden einstimmig angenommen.

Sozialdemokratischer Verein. Wir machen nochmals auf die heutige Mitglieder-Versammlung im „Auerhahn" (Schützenstraße) aufmerksam, in welcher Bericht vom Offenburger Parteitag erstattet wird. Anfang 8 Uhr. Erscheint pünktlich und zahlreich!

Jubiläum. Es dürfte für manchen der älteren Gewerkschaftsmitglieder von Interesse sein, zu erfahren, daß gestern 30 Jahre verflossen waren, seitdem das spätere langjährige Verkehrslokal der hiesigen Gewerkschaften „zum Storchen" (Gartenstraße 4), verbunden mit Herberge, in den Besitz und Betrieb der Familie August Kasper überging und sich bis zum heutigen Tage noch darin befindet. Das Lokal war in der ersten Zeit nach dem Ausnahmegesetz eines der wenigen in Karlsruhe, das der Presse und der sonstigen Tätigkeit der damals noch sehr mühsam aufstrebenden Arbeiterbewegung eine gastliche Stätte gewährte und dafür in jenen Tagen mit allerlei „Liebenswürdigkeiten", Militärverbot etc. bedacht wurde. Oft wurden in diesen Räumen folgenschwere gewerkschaftliche Beschlüsse gefaßt und mancher unserer hiesigen Gewerkschaftsführer hat hier seine ersten agitatorischen und organisatorischen Anregungen erhalten. Nach dem Ableben ihres Gatten führt die Witwe Frau Kasper bis heute noch das Geschäft. Möge ihr nach den vielen wechselvollen und besonders gegenwärtig so schwierigen Zeiten ein froher Lebensabend beschieden sein.

Ein „Alter".

Warnung vor polnischen Bonbons. Durch Untersuchungen, die im staatlichen hygienischen Institut in Lodz ausgeführt worden sind, ist nachgewiesen worden, daß polnische Fabrikanten von Bonbons in letzter Zeit häufig anstelle von Zitronensäure die giftige Oxalsäure benutzen. Da trotz des bestehenden Ausfuhrverbots aus Polen und des deutschen Einfuhrverbots anzunehmen ist, daß durch Schmuggel oder bei der Einreise von Militärpersonen usw. immer noch Bonbons aus Polen nach Deutschland gelangen, wird von dem Genuß der sogenannten polnischen Bonbons hiermit gewarnt.

Fahrpreisermäßigung für Schüler. Die Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen hat angeordnet, daß für Schulausflüge zum Sammeln von Pilzen, Bucheln, Eicheln, Kastanien und ähnlichen für die Volksernährung wichtigen Naturerzeugnissen auch in diesem Jahr wieder eine Fahrpreisermäßigung in der 4. Wagenklasse zugestanden wird. Es kommt die Hälfte des Fahrpreises zur Erhebung.

Dem Badischen Heimatdank — Ortsausschuß Karlsruhe — sind aus dem Reingewinn eines Konzertes des Cäcilien-Vereins St. Peter und Paul in Karlsruhe-Mühlburg 300 Mk. zugewendet worden.

Infolge eines an einem Hauptwasserrohr eingetretenen Bruches wird, wie uns mitgeteilt wird, bis zur Behebung desselben ein schwächerer Wasserdruck, insbesondere in der Weststadt, vorhanden sein. Auch werden sich Trübungen des Wassers nicht nur im Weststadtgebiet, sondern auch in anderen Stadtteilen einstellen. Die Beseitigung der Störung wird voraussichtlich 1—2 Tage erfordern.

Zusammenstoß. An der Kreuzung von Karl- und Mathystraße stieß gestern abend kurz nach 6 Uhr ein Straßenbahnwagen der Linie 6 mit einem Milchtransportwagen zusammen, wobei der letztere halb umkippte. Ein Teil der Milch ging verloren.

Konzerthaus. Man schreibt uns: Heute Mittwoch, 24. Juli, findet im Konzerthaus die Erstaufführung der Operette „Der Zigeunerprimas" statt. Diese Operette von J. Wilhelm und Fritz Grünbaum, Musik von Emmerich Kalmann, fand auf allen Bühnen eine begeisterte Aufnahme und unzählige Wiederholungen. Die musikalische Leitung hat Herr Fritz Keßner, die szenische Herr Otto Hans Norden. Beschäftigt sind nachstehende Mitglieder: Frl. Berndt, Mayer, Paulmann, ferner die Herren Norden, Schwerdt, Glaser, Maly-Motta und Friese.

Luxeum-Lichtspiele, Kaiserstraße 168. In dem großen Filmwerk „Graf Michael", Drama in 5 Akten, eine Novelle von Karl Hauptmann, werden die Hauptrollen durch die bekannten Künstler Friedrich Zelnik und Rosa Veldtkirch dargestellt. Albert Paulig sieht man in seinem neuesten Lustspiel „Bravo Albert"

Residenz-Theater, Waldstraße, bringt im Spielplan vom Mittwoch bis einschließlich Freitag das nach Verdis Oper bearbeitete vieraktige Drama „Der Maskenball", in den Hauptrollen dargestellt von Anni Coth und Aristid Olt. Der „Rubinsalamander", ein vieraktiges Schauspiel, wird dargestellt von H. Flink, Bruno Decarli, Rudolf Biebrach, Heinrich Schroth, Richard Wirth, Frau Hofmann und Mechtildis Thein. „Grüblers Fahrt ins Mohrenland" und „Ueberlistet" sind zwei köstliche Humoresken. Zum Schluß wird noch die neueste Ausgabe des Bild- und Filmamts gezeigt, betitelt „Aus der Schlacht zwischen Soissons und Reims".

Gerichtszeitung.

Güterwucher. In das Treiben der Güterhändler erhielt man in einer Sitzung der Strafkammer in Konstanz Einblick. Wegen übermäßiger Preissteigerung hatte sich der Güterhändler Hermann Schühle aus Meßkirch zu verantworten. Der Angeklagte hatte verschiedene Güter im Seekreis angekauft und die Fahrnisse, Aecker usw. wieder einzeln versteigert, wobei er hohe Gewinne erzielte. Einmal erbrachten ihm die Fahrnisversteigerungen einen Gewinn von über 43 000 Mk. Der Staatsanwalt beantragte neben einer Freiheitsstrafe eine hohe Geldstrafe und Einziehung des Gewinns. Das Gericht kam aber zu einer Freisprechung weil der Beschuldigte die Erlaubnis zur Steigerung nachgesucht und erhalten habe. (!)

Letzte Nachrichten.

Aus der Partei.

Berlin, 24. Juli. Laut „Berliner Tageblatt" hat die sozialistische Organisation des 9. sächsischen Reichstagswahlkreises Freiberg beschlossen, zu den unabhängigen Sozialdemokraten überzugehen.

Sozialistische Proteste gegen die italienische Regierung.

WTB. Bern, 23. Juli. (Nicht amtlich.) Angesichts des Verbotes eines italienischen sozialistischen Kongresses forderte der römische Ausschuß der sozialistischen Parteileitung im gestrigen „Avanti" alle Mitglieder auf, die Beteiligung an Körperschaften und Handlungen, die die Mitarbeit der Sozialisten benötigen, als Protest gegen die diktatorischen Maßnahmen abzulehnen. Wie der „Avanti" ferner aus Rom meldet, hat der sozialistische Deputierte Graziadei dem Ministerpräsidenten am 19. Juli schriftlich mitgeteilt, daß er seine Mitarbeit in der Kommission für Uebergangswirtschaft, in die er von Orlando berufen worden war, verweigere. Wenn der Beschluß Graziadei auch nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Aufforderung des römischen Ausschusses der sozialistischen Parteileitung stehe, so könne doch festgestellt werden, daß nunmehr drei sozialistische Deputierte ihre Mitwirkung an der genannten Kommission mit der Begründung abgelehnt haben, daß sie als Mitglieder der sozialistischen Oppositionspartei nicht in einer von der Regierung ernannten Kommission mitwirken können.

Neues aus Rußland.

Moskau, 23. Juli. (WTB. Nicht amtlich.) Am 17. Juli begann die **allgemeine Mobilisierung der Arbeiter.** Die Angeworbenen werden auf vier Tage entlassen und dann Truppenteilen zugewiesen. — Die Engländer erschossen in Kem das Präsidium des Kriegsexekutivkomitees. — Generalleutnant Birjukow wurde wegen Organisierung der Kosaken in Astrachan gegen den Sowjet zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. — Am 18. Juli waren in Petersburg 328 Cholerafälle, am 19. Juli 109 zu verzeichnen. — Aus Baku wird mitgeteilt, daß die Sowjettruppen im Kaukasus vorgehen. — Die frühere Zarin ist aus Jekaterinenburg fortgeschafft worden.

Die Zeitung „Prawda" berichtet von Hungerrevolten in Uglitsch, Ljubin, Ribinsk und Jaroslaw. Die Zeitung „Bjeducia„ stellt mit Genugtuung fest, daß durch die Hinrichtung des Zaren der muskulöse Arm der Arbeiter endgültig die Kette des Zarismus zersprengt habe. Ein Arbeiter habe das Todesurteil unterschrieben, ein Arbeiter habe den Kaiser bewacht, ein Arbeiter habe den Zaren von Tobolsk nach Jekaterinenburg gebracht. Bjeloborodow, Audejew und Janowlow, das seien die drei Arbeiter, in deren Hände die Geschichte die geheiligte Person des gottgesalbten Nikolaus ausgeliefert habe.

Moskau, 19. Juli. (PTA.) Laut Zeitungsbericht der Kontre-revolutionären Regierung in Samara befinden sich im Gefängnis zu Samara 2304 verhaftete Bolschewisten. Wie mitgeteilt wird, ist die Gefängnisordnung sehr streng; es sind Todesfälle im Gefängnis vorgekommen. In Samara ist die Vereinigung der Metallarbeiter geschlossen worden. Die Verteilung von Unterstützungsgeldern an Arbeitslose ist eingestellt.

Die Fabrikarbeiter-Komitees sind auseinandergejagt. An der Spitze der Tschecho-Slowaken stehen 4 frühere Mitglieder der Konstitutionsversammlung. Das Oberhaupt der Regierung ist einer der rechten Sozialrevolutionäre, Fortunatow.

Moskau, 20. Juli. (P. T.-A.) Ein aus Omsk auf Umwegen zurückgekehrtes Mitglied einer Sowjettruppe teilt mit, daß in Omsk die Tschecho-Slowaken und Kontre-Revolutionäre etwa 1500 Anhänger der Sowjet-Regierung erschossen haben.

Briefkasten der Redaktion.

M. L. M. Schwangere erhalten in den letzten drei Monaten der Schwangerschaft täglich ¾ Liter Vollmilch und für je 14 Tage 1500 Gramm Brotzusatz und 2 Eier. Wöchnerinnen erhalten auf die Dauer von 4 Wochen von der Geburt an für je 14 Tage 200 Gramm Zucker, 1500 Gramm Brotzusatz und 4 Eier. Auf Antrag wird das den Wöchnerinnen zustehende Brot (sowohl die regelmäßige Menge wie der Zusatz) als Krankenbrot angewiesen. Stillenden Müttern werden bis höchstens zum vollendeten neunten Monat nach der Geburt des Kindes die gleichen Zusätze bewilligt, wie den Wöchnerinnen, jedoch kein Krankenbrot. — Das wurde übrigens schon wiederholt im „Volksfreund" bekanntgegeben.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 2,15 Meter, gest. 1 Zentimeter; Kehl 3,01 Meter, gef. 1 Zentimeter; Maxau 4,53 Meter, gest. 3 Zentimeter; Mannheim 3,59 Meter, gest. 16 Zentimeter.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kabel; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Lutzstraße 24.

Sozialdem. Verein Karlsruhe.

Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 Uhr, in der Wirtschaft zum „Auerhahn", Schützenstraße 4221

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht vom bad. Parteitag, 20. und 21. Juli.
2. Kassenbericht.

Wir laden die Parteigenossen- und Genossinnen zu dieser Versammlung höfl. ein, mit dem Ersuchen, zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Die Mitglieder des Vorstandes kommen ½ Stunde vor Beginn der Versammlung zusammen.

Städtisches Konzerthaus.

Mittwoch, den 24. Juli 1918, ½8 Uhr 4225

zum erstenmal:

Der Zigeunerprimas

Wir suchen per sofort tüchtige 4235

Wasch- u. Putzfrau

die jeden Tag einige Stunden kommen kann.

Amalienstraße 79, p.

Gebrüder

Scharff

Wir empfehlen:

Zapfs u. Heinens

Trank-Extrakt

(Kunstmostansatz mit Süsstoff)

für 150 Liter **20** ℳ
für 100 Liter **14** ℳ
für 50 Liter **7** ℳ

Ferner:

Echte Pyramiden-

Fliegenfänger!

St. **10** Pfg.

4232

Residenz-Theater Waldstr.

Mittwoch bis einschl. Freitag

Der

Maskenball

Drama in 4 Akten nach

Verdis Oper

Hugo Flink
Bruno Decarli in
Rubinsalamander
4 Akte.

Aus der Schlacht zwischen 4237
Soissons und Reims
Ausgabe des Bild- und Filmamt.

Näherinnen

für Mützen und Pelzwaren sofort gesucht. 4222

Adolf Lindenlaub
Kaiserstraße 191.

Mandolinen, Gitarren, Zithern, Ziehharmonikas, kauft 3699

Levy, An- u. Verkaufsgeschäft, **Markgrafenstraße 22.**

Suche 4238

20 Möbeltischler
5 Polierer
5 Stuhlbauer
3 Fournierer

Eugen Reich,
Möbelfabrik,
Heidelberg, Hauptstraße 144.

Tüchtige

Gipser

für Militärarbeiten in die Pfalz gesucht. 4223

J. Moosbrugger's Gipsergeschäft
Inhaber: Ferd. Vulpus,
Landau, Pfalz.

4210

Maurer
Zimmerleute
Bauhilfsarbeiter

werden eingestellt bei

Baugeschäft Jos. Held
Karlsruhe, Südendstr. 24.

Drucksachen fertigt an Buchdruckerei Volksfreund.

Stärke

-Leib-Hauswäsche

besorgt fortwährend
(jetzt wieder mit kurzer Lieferfrist)

Dampfwaschanstalt Schorpp

Fernsprecher 725

Versand nach auswärts unt. Nachnahme.

Annahmestellen:
Karlsruhe: Kaiser-Allee 37 (Anstalt), Rheinstr. 1?, Gabelsbergerstr. 1, Schillerstr. 3?, Kaiserstr. 84, 94, 243, Amalienstr. 15, Waldstr. 64, Jollystr. 1 (Hirschbrücke), Wilhelmstr. 32, Ludwig-Wilhelmstr. 5, Gerwigstrasse 46;
Durlach: Hauptstrasse 15;
Rastatt: Poststrasse 6;
Bruchsal: Wörthstrasse 6;
B.-Baden: Langestrasse 38,

Palast-Theater

Karlsruhe **Tel. 2502** **Herrenstr. 11**

Kasseöffnung ½3 Uhr. **Anfang 3 Uhr.**

Von Mittwoch bis einschl. Freitag.

Jgaly Sandy

in 4236

Wenn zwei sich lieben

Schauspiel in 3 Akten.

Der Wärwolf

oder

S..... H..... auf Urlaub

Lustspiel in 4 Akten.

Die neuesten Kriegsberichte.

Letzte Vorstellung abends von 9—11 Uhr.

Reine Wanze mehr für Mk. 2.—

nur mit Kammerjäger Berg's **Nicodaal I und II** zu erzielen.
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung. 4084
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwend. Ges. gesch. Doppelpack. Mk. 2.—. Ausreichend für 1—3 Zimmer und Betten. Alleinverkauf: **Otto Fischer, Karlstr. 74.** Bei Einsend. v Mk. 2.40, od. Postscheckkonto Berlin 31286. Portofr. Zusend. n. ausw d. Gen.-Vertr. **Herm. A. Groessel,** Berlin SW 11 Königgrätzerstr. 49

4109

Schlosser,

garnisondienst- oder arbeitsverwendungsfähig sofort gesucht.

Angebote an

Pfalz-Werke, Speyer a. Rh.

LUX

Luxeum-Lichtspiele

Kaiserstraße 168. **Telefon 3985.**

Das grosse Filmwerk!

Graf Michael

Drama in 5 Akten. 4234
Novelle von **Karl Hauptmann.**
In den Hauptrollen:

Friedrich Zelnik
Rose Veldtkirch, Emmy Flemming.

Albert Paulig
in seinem neuesten Lustspiel
BRAVO ALBERT
1 Akt.

Zwei arge Sünder
Lustspiel in 1 Akt.

Anfang tägl. 3 Uhr. Letzte Vorstellung 9-11 Uhr.

Daniels Konfektionshaus

Tel. 1846 Wilhelmstr. 34, 1 Treppe Tel. 1846
Grosse Auswahl. Keine Ladenspesen. 4145

Größere Anzahl

Frauen u. Mädchen

für leichtere Munitionsarbeit gesucht. Auch Angehörige besserer Stände können sich melden. 4217

Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstr. 100, 2. St. Zimmer 11.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle. Heinrich Schmid, Sattler, Ehemann, 50 J. alt. Ludwig, 1 J. 3 Mon. 27 Tage alt, V. Ludwig Lahr, Friseur. Leopold Dochat, Justizaktuar a. D., Ehemann, 51 J. alt. Josef Doll, Lokomotivführer, Ehemann, 42 J. alt. Rosa Hirsch, 22 J. alt, ledig, Fabrikarbeiterin. Heinrich Schneider, Bremser a. D., Ehemann, 70 J. alt. Christoph Schölch, Wagenwärter a. D., Witwer, 83 J. alt.

Ein wertvolles Hausbuch für jede Arbeiterfamilie!

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält ein zerlegbares Modell, viele Illustrationen und präsentiert sich in einem schmucken Einband.

Behandelt werden folgende Gebiete:

Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller. — Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein. — Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschlaff. — Der Achtstundentag. Von Dr. Zadek. — Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fröhlich. — Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. — Geschlechtsverkehr und Geschlechts-Krankheiten. Von Dr. Gebert. — Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes. — Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein. — Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein. — Frauenleiden und deren Verhütung. Mit einem Anhang: „Die Verhütung der Schwangerschaft". Von Dr. J. Zadek. — Vom medizinischen Aberglauben. Von Dr. E. Thesing. — Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter. — Verhütung und Heilung des Stotterns. Von L. Jordan. — Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Markuse. — Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Rewald. — Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. — Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein. — Die Krankenpflege im Hause. Von Johann Ranker-Mannheim. — Die Proletarierkrankheit. Von Dr. J. Zadek.

:-: Ein Buch auf Teilzahlung! :-:

Unterzeichneter bestellt hiermit bei der **Buchhandlung „Volksfreund", Karlsruhe,**

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

geb. zum Preise von **6.00 Mk.,** zahlbar in Wochenraten von 1 ℳ, Porto nach auswärts **30 ₰.**

Das Buch wird mir sofort geliefert, doch bleibt es bis zur vollständigen Bezahlung Eigentum der obigen Firma.

Name: .....

Wohnung: .....

Wir bitten, deutlich zu schreiben.